Dienstag, 9. Februar 1932
Nr. 33. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Bergbau ist zu verstaatlichen

Belegschaft an der Ruhr seit 1913 halbiert

Die Not der Kumpels

Die Forderung nach Verstaatlichung des Bergbaues wurde auf einer am 7. und 8. Februar abgehaltenen Reichskonferenz des alten Bergarbeiterverbandes wieder erneuert. Einstimmig kam die nachstehende Resolution zur Annahme:

„Der systematische Mißbrauch der wirtschaftlichen und politischen Macht des Privatkapitalismus im Bergbau ist die entscheidende Ursache für die organisatorischen Unzuträglichkeiten und Mißerfolge in dieser für die Gesamtwirtschaft lebenswichtigen Industrie. Die kapitalistischen Fehler und Mißgriffe der Montankonzerne und Syndikate sollen jetzt durch einen unerhörten sozialen Druck auf die Arbeiter und Angestellten überdeckt werden. Damit aber werden nur die sozialen Reibungswiderstände und wird der Krisenweg verlängert. Die monopolisierte Bergbauwirtschaft bedarf heute mehr denn je der gemeinwirtschaftlichen Lenkung, die in zureichender Weise nur durch Gemeineigentum an den bergbaulichen Gewinnungsstätten und Bodenschätzen ermöglicht wird. Die freigewerkschaftlichen Bergarbeiter halten es für ihre Pflicht, Staat und Allgemeinheit auf die Dringlichkeit und Durchführbarkeit dieser in immer weiteren Kreisen erkannten wirtschaftsorganisatorischen Grundaufgabe erneut hinzuweisen.“

Das einleitende Referat wurde von Grisemann, dem Verbandsvorsitzenden, erstattet. Der Redner beschrieb zunächst die neuere Entwicklung im Bergbau, die geradezu katastrophal ist. Allein seit Juli 1931 sind an der Ruhr weitere 25 000, in den beiden schlesischen Revieren 2500 und in Sachsen 1000 Bergarbeiter zur Entlassung gekommen. Die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter betrage gegenwärtig nicht einmal die Hälfte der des Jahres 1913, in dem 989 000 Bergarbeiter gezählt wurden, während am 1. Dezember 1931 nur noch 470 000 Bergarbeiter beschäftigt wurden.

Trotz dieser gewaltigen Belegschaftsverminderung halten die Feierschichten an.

1931 wurden allein an der Ruhr rund 9,4 Millionen Feierschichten eingelegt, nachdem schon im Vorjahr rund 9,6 Millionen Feierschichten ausgewiesen wurden. Die im Betriebe befindlichen Arbeiter werden zur höchsten Leistung angetrieben, während Hunderttausende arbeitslos draußen stehen. Die Verdienste der Bergarbeiter sind heute derart niedrig, daß in vielen Fällen die Wohlfahrtsunterstützungssätze deren Niveau überschreiten.

Die von Grisemann erneuerte Forderung nach Verstaatlichung erhebt sich somit zu einem gebieterischen Zwang. Sie muß in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Betätigung gerückt werden. Die Forderung allein genügt freilich nicht. Es muß auch gesagt werden, **wie man sich den Weg hierzu vorstellt und was man unternehmen will.** In dieser Hinsicht hat sich Grisemann jedoch völlig ausgeschwiegen. Er beschränkte sich lediglich auf die Feststellung, daß der Verband Putsche ablehne. Das ist rein negativ. Der Verband muß sich positiv äußern.

Neue Entlassungen bei der Friedenshütte

WTB. Kattowitz, 7. Februar.

Beim Demobilmachungskommissar ist ein Antrag der die Gerichtsaufsicht (Geschäftsaufsicht) bei der Fiedenshütte führenden Kommission eingegangen, der die Genehmigung zur Entlassung von 2100 Abeitern und 200 Beamten fordert. Die Friedenshütte hatte erst kürzlich 1200 Arbeeiter wieder in ihre Betriebe aufgenommen.

Riesenaussperrung in Dänemark?

Oder Zwangsvergleich durch Regierung?

Kopenhagen, 6. Februar.

Die vor dem staatlichen Schlichter heute geführten Besprechungen zwischen dem Arbeitgeberverein und den vereinigten Gewerkschaften, die zur Vermeidung der großen Aussperrungen angesetzt waren, mit welchen die Arbeitgeber gedroht hatten, sind ohne Resultat verlaufen. Die Auffassungen der beiden Parteien gehen so weit auseinander, daß ein Schlichtungsversuch aller Voraussicht nach kaum Aussicht auf Erfolg hätte.

*

Kopenhagen, 7. Februar.

Der dänische Ministerpräsident Stauning erklärte, daß die Regierung am Montag Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und den Arbeitern aufnehmen werde, um eine Riesenaussperrung, die am Freitag Tatsache zu werden droht, noch im letzten Augenblick zu verhüten. Der Ministerpräsident erklärt, daß ein Arbeitsstreit für beide Parteien und für das ganze Land augenblicklich ein heller Wahnsinn sei. Man spricht auch davon, daß nötigenfalls ein Zwangsvergleich seitens der Regierung den Parteien aufgezwungen werden würde. Dies ist aber bisher nur eine Vermutung.

Kein Generalstreik im nordfranzösischen Kohlenbecken

TU. Paris, 8. Februar.

Die Abstimmung der Grubenarbeiter im nordfranzösischen Kohlenbecken über einen etwaigen Generalstreik ist am Sonntag beendet worden und hat einen erdrückenden Sieg der arbeitswilligen (!) Arbeiter ergeben. Anlaß zu dieser Abstimmung gab ein Beschluß der Grubenverwaltung, die Löhne im Februar und im März um je 5 vH. herabzusetzen. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden.

Memelkonflikt vor den Völkerbund

Brünings Note überreicht

Genf, 8. Februar.

Der Reichskanzler hat sich entschlossen, bei dem Generalsekretär des Völkerbundes den Antrag zu stellen, die neuesten Vorkommnisse im Memelgebiet als einen Bruch des Statutes des Memelgebiets sofort auf die Tagesordnung des Rates zu setzen.

*

Die vom Reichskanzler Brüning unterzeichnete Note an den Generalsekretär des Völkerbundes, in der die Reichsregierung beantragt, die Vorgänge im Memelgebiet auf die Tagesordnung einer außerordentlichen, sofort einzuberufenden Sitzung des Völkerbundsrates zu setzen, ist Montag vormittag dem Generalsekretär des Völkerbundes übermittelt worden. Dieser hat die Note unverzüglich telegraphisch der litauischen Regierung übermittelt mit dem Ersuchen, einen Vertreter für die Verhandlungen im Völkerbundsrat zu ernennen. [illegible]tzungsgemäß ist das deutsche Ersuchen [illegible] die Tagung des Völkerbundsrats gesetzt w[illegible]en.

Der m[illegible]ländische Präsident Böttcher ist inzwi[illegible]n aus der Kaserne, in der er festgeh[illegible] wurde, entlassen. Die Wogen des N[illegible]smus gehen natürlich hüben wie drüber [illegible] Hetzer sehen hüben wie drüben ihren [illegible] blühen. Man muß also allen Meldu[illegible]genüber vorsichtig sein.

*

D[illegible]ikt zeigt im Grunde genommen nur [illegible]rlichkeit der Kompetenzstreitigkeit[illegible]enen sich das Europa die Zeit vert[illegible] das Wasser der wirtschaftlich[illegible] über dem Kopf zusammenzusch[illegible]t. Die großmächtigen Herren von [illegible]ind furchtbar gekränkt, weil der Prä[illegible]tcher nach Berlin gefahren ist, um [illegible] Zulassung landwirtschaftlicher Er[illegible]n verhandeln, ohne vorher der Ko[illegible]ierung eine Mitteilung zu ma[illegible] Böttcher sollte zurücktreten, un[illegible]cht tat, half nach bewährter M[illegible]neralsstiefel etwas nach.

[illegible] zweifellos unkorrekt gehandelt und der andere appelliert selbstredend an den Säbel. Was schließlich dabei herauskommen könnte, kümmert die . . . intelligenten Herren nicht. Aber um es immer noch einmal zu betonen: der ganze Unfug wäre nicht möglich, wenn nicht der Größenwahn eigenstaatlicher Souveränität und nationalistischen Blödsinns die Köpfe aus dem Gleichgewicht gebracht hätte. Man wird schließlich hochnotpeinlich untersuchen, man wird ein Urteil fällen, mit dem keiner zufrieden sein wird — aber sonst bleibt alles beim Alten, die Quelle des Uebels wird nicht verstopft. Eine verrückte Zeit, ein idiotisches Menschengeschlecht!

★

Da haben wir's!

Berlin, 8. Februar.

Die Bundesführung des Stahlhelm hat folgendes Telegramm an den Reichskanzler gerichtet:

„Rechtsbruch in Memel beweist erneut völlige Schutzlosigkeit im Osten. Daher ist Aufstellung eines Grenzschutzes an deutschen Ostgrenzen erforderlich, die überall bedroht sind. Nur dann wird auch der Protest in Genf wirklich Nachdruck erhalten“.

Der Leitartikel der „Deutschen Zeitung“ trägt die Ueberschrift **„Gewalt gegen Gewalt!“** und beginnt so:

„Wären wir in Deutschland auf dem Platze, so hätte keinen Augenblick zweifelhaft sein können, welche Antwort den Litauern für die neue Vergewaltigung des Memellandes gebührte. Dann wären am Sonnabend bereits von Berlin aus Befehle an die in Ostpreußen stehenden Truppenteile ergangen, an der Memelgrenze aufzumarschieren. Dann wären die diplomatischen Beziehungen zu diesem Gaunerstaat Litauen schnellstens abgebrochen und der litauische Gesandte wäre per Schub in seine Heimat abbefördert worden . . .“

Es genügt wohl für den Anfang!

Es gehört zu den Pikanterien der Weltgeschichte, daß derselbe Stahlhelm, der ein bischen „Grenzschutz“ will, im Verein mit den Frontsoldatenbünden an die Abrüstungskonferenz telegraphiert, um für die „wahre Befriedung der Welt“ zu wirken. Die sei natürlich nur möglich, wenn Deutschland volle „Wehrhoheit“ erhalte. Um den Frieden recht wirksam vorzubereiten, appelliert der Stahlhelm an den „Soldatengeist der anderen Völker“, unter Verschwendung der üblichen Phrasen. Nun, die anderen Völker werden sichs ebenso gesagt sein lassen wie derjenige, an den das Telegramm eigentlich gerichtet ist, nämlich der Führer der deutschen Delegation, der Reichskanzler Dr. Brüning. Er wird wohl angesichts dieser versteckten Drohung seinem ihm vom Ausland zuerteilten Namen Dr. Browning Ehre zu machen suchen. Der Stahlhelm will's und Stahlhelms Wille ist in Deutschland Gottes Wille!

Schlagende Wetter

Neues Gruben-Unglück
Fünfzehn Kumpels tot?

In einer Kohlengrube bei Marchienne (Belgien) hat sich am Sonntag früh in 1260 Meter Tiefe eine Explosion schlagender Wetter ereignet. Sieben Bergleute wurden schwer verletzt, zwei von ihnen ringen mit dem Tode. 18 weitere Bergleute wurden zwischen zwei zu Bruche gegangenen Strecken eingeschlossen.

*

Bis Montag mittag waren drei Ueberlebende und sechs Tote geborgen.

*

Mit welcher Wucht die Explosion erfolgt ist, zeigt die Tatsache, daß 300 m von der Unglücksstelle entfernt eine völlig verkohlte Pferdeleiche gefunden wurde.

Gefängnis für Radaustudenten

Im Schnellgerichtsprozeß gegen die Berliner Nazi-Krawallstudenten wurden am Montag abend verurteilt: Die Angeklagten Plaß und Pilz zu je 8 Monaten Gefängnis wegen Landfriedensbruchs, Pabst zu 5 Monaten, Kalter und Jüterbog zu je vier Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Ruppin und Leonhardt erhielten je vier Wochen Haft anstelle einer Geldstrafe, die, wie der Vorsitzende sagte, nur die Eltern getroffen hätte.

Anonyme Präsidentschaftskampagne der Nazis

Das „Montags-Blatt" des Kapitäns Ehrhardt, das sich vor einer Woche mit seiner Nachricht von der Existenz einer Urkunde, mit der Hitler zum Beamten in Thüringen bestallt worden sei, als recht verlässig orientiert über Vorgänge im „Braunen Hause" erwiesen hat, veröffentlicht in seiner heutigen Ausgabe wiederum eine Information aus München, die Beachtung verdient. Es wird berichtet, daß im Verlauf der in der letzten Woche in München abgehaltenen Führerbesprechungen starke Gegensätze zwischen Hitler einerseits und den mächtigsten seiner Unterführer, nämlich Goebbels, Rohm, Wagener und Frank II andererseits spürbar geworden wären. **Hitler wurde von diesen Unterführern bestürmt, seine Einwilligung zu geben dafür, daß er sich gegen Hindenburg aufstellen lassen möge.** Der wohl definitiv angenommene Plan gehe dahin, daß man für den ersten Wahlgang einen Unterführer aufstellen werde (in diesem Zusammenhang wird der Name des Generals Litzmann genannt), wobei ausdrücklich hervorgehoben würde, daß er nichts weiter sei als Hitlers Platzhalter im ersten Wahlgang. Das Blatt fahrt fort:

„Man rechnet nach diesem Wahlgang mit einer sofortigen Zustimmung des Reichsrats zur Einbürgerung Hitlers, weil man glaubt, daß der Mann, der das Vertrauen von Millionen genießt, nicht länger aus bürokratischen Gründen von der Staatsbürgerschaft ferngehalten werden kann. In der Stichwahl soll dann, der nunmehr im Besitze deutscher Staatsbürgerrechte befindliche Adolf Hitler aufgestellt werden."

Die Nachricht des „Montags-Blatt" hat in der Tat viel Wahrscheinlichkeit für sich.

So sammelt man Unterschriften!

Von verschiedenen Seiten wird uns berichtet, daß die Sammlung von Unterschriften für die Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs teilweise in sehr anfechtbarer Art vor sich gegangen ist. So haben große Firmen, Warenhäuser usw. von der Gsechäftsleitung aus Unterschriftenlisten in Umlauf gesetzt und ihre Arbeiter und Angestellten aufgefordert, sich für Hindenburg einzuzeichnen. Es ist nur allzu natürlich, daß diese Einzeichnungen in vielen Fällen gegen die innere Ueberzeugung erfolgten, weil — gerade in der heutigen Zeit der Massenarbeitslosigkeit — diese Arbeiter und Angestellten bei einer Weigerung persönliche Nachteile befürchten mußten. Diese Unterschriftensammlung erfolgte also unter schamloser Ausnutzung wirtschaftlicher Abhängigkeit, eine Methode, die so recht zum Geist der bürgerlichen „Demokratie" paßt. Nach diesen Mitteilungen wird man wissen, wie man das Ergebnis dieser Unterschriftensammlung zu werten hat.

Der Essener Kommunistenprozeß

Aus Essen wird uns geschrieben:

Gibt es eine kommunistische Terrorgruppe? Das war die Kernfrage des Prozesses, den Nachweis dafür zu erbringen, das Bestreben der Staatsanwaltschaft. **Dieser Versuch ist kläglich gescheitert.** „Regelmäßige Verschwörerzusammenkünfte der kommunistischen Terrorgruppe" entpuppten sich als Probeabende einer Theaterspieltruppe, ein in einer Laube gefundener Terrorplan als Stundenplan einer Freidenkerabteilung. Die Beweisaufnahme ergab ferner, daß ein in der Voruntersuchung gemachtes Geständnis des Mitangeklagten Wolf ihm von der Polizei vorgesagt worden war, daß man ihn mit allen erdenklichen Mitteln und Drohungen bearbeitet und ihm andererseits seine Freilassung versprochen hatte, wenn er das aussage, was die Polizei haben wolle. **Außerdem wurde festgestellt, daß die Polizei durch den nationalsozialistischen Gauleiter Zilkens auf Wolf aufmerksam gemacht worden ist.** Wolf ist nämlich ein nationalsozialistischer Spitzel, der viel in kommunistischen Kreisen verkehrte. Er wollte sich, wie er Zeugen gegenüber erklärt hat, die ausgesetzten 1000 Mark Belohnung für die Ergreifung der Täter bei der Erschießung des Felgendrehers verdienen. Daß er, entgegen seinen ursprünglichen Angaben, im Besitz eines Revolvers war und in der fraglichen Nacht auf den Trupp Nationalsozialisten geschossen hat, konnte durch die Verteidigung der angeklagten Kommunisten nachgewiesen werden.

Angesichts dieses sensationellen Ergebnisses der Beweisaufnahme, vermochte der Staatsanwalt Kesseböhmer, ein Anhänger der Nationalsozialisten, die Fiktion über das Bestehen einer kommunistischen Terrorgruppe nicht aufrecht zu erhalten. Die weit näherliegende Frage, ob eine nationalsozialistische Gruppe von agents provocateurs besteht, wurde nicht aufgeworfen. Daran hatte der Herr Staatsanwalt weniger Interesse. Die Hitler-Partei ist ohnedies in letzter Zeit in ein merkwürdiges Licht gestellt worden. Nicht nur durch den Fall des Nationalsozialisten Guse, der kürzlich in Essen von seinen eigenen Parteigenossen Knaub erschossen worden ist, sondern auch durch die Ermordung eines kommunistischen und eines christlichen Arbeiters in diesen Tagen in Dortmund im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung.

„Abrüstungs"-Debatte beginnt

England und Frankreich auf der Genfer Tribüne

WTB. Genf, 8. Februar.

Mit dem heutigen Tage ist die Konferenz zur Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen in den ersten Hauptabschnitt eingetreten.

Um 10.15 Uhr erteilt der Präsident dem Vertreter Großbritanniens,

Außenminister Sir John Simon,

das Wort.

Sir John Simon begann seine Rede mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß Macdonald durch Krankheit verhindert sei, an dieser Stelle zu sprechen. Es sei deshalb jetzt höchste Zeit, die Abrüstung zu fördern. Simon wies auf die rüstungspolitische Ungleichheit der Staaten hin. Er erwähnte, die Belastung durch die Rüstungausgaben und erklärte dann: Die Behauptung, daß der Friede der Welt durch Vorbereitung für den Krieg gesichert werden muß, findet keinen Glauben mehr. Ein hoher Rüstungsstand ist kein Ersatz für Sicherheit. Im besten Fall schafft er die Illusion der Sicherheit auf der einen Stelle, während er gleichzeitig an einer anderen Stelle das Gefühl der Unsicherheit verschärft. Die Sicherheit, die wir uns als Ideal vorgesetzt haben, ist Sicherheit für alle, und Sicherheit für alle hängt maßgebend von der Rüstungseinschränkung ab. Simon wandte sich nunmehr der konkreten Aufgabe zu. Er erklärte, daß die Einschränkung der Rüstungen durch internationale Vereinbarungen nur auf zwei Wegen, die einzeln oder gleichzeitig beschritten werden könnten, möglich sei. Der eine sei die Methode der Festsetzung von Höchstgrenzen, der andere sei der vertragliche Ausschluß gewisser Werkzeuge oder Methoden, und für beide Behandlungsarten sei als weitere Garantie eine internationale Autorität erforderlich, die effektiv sicherstellt, daß diese Beschränkungen nicht überschritten werden, indem sie Uebertretungsfälle feststellen und dadurch einen wirksamen Druck der übrigen Welt auf die vertragsbrüchigen Staaten herbeiführen. Beide Methoden seien in dem Konventionsentwurf enthalten, der nach Ansicht der britischen Regierung vorbehaltlich eingehender Prüfung jedes einzelnen Artikels die beste Grundlage der weiteren Arbeit bildet.

Bezüglich des Verbots einzelner Waffen sprach Simon zunächst im allgemeinen von den jüngsten Entwicklungen der Kriegstechnik und erwähnte in diesem Zusammenhang auch die am Freitag veröffentlichten französischen Vorschläge, über die er im allgemeinen erklärte, daß sie, wie übrigens alle anderen, sorgfältig formulierten Vorschläge, mit eingehendster und wohlwollendster Aufmerksamkeit von der britischen Delegation geprüft werden würden. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen legt der großbritannische Vertreter besonderen Wert auf die Abschaffung des Gaskrieges und der Unterseeboote.

Tardieu spricht.

Nach der französischen Uebersetzung der Rede Simons, bestieg der französische Kriegsminister Tardieu die Rednertribüne. Er betonte zu Anfang seiner Ausführungen, es sei Aufgabe dieser Konferenz, eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen vorzubereiten. Dies könne aber nur unter vier Bedingungen erfolgen. Zunächst müsse die Sicherheit vorhanden sein, weiterhin müsse die Durchführung gemeinsamer Aktionen gewährleistet sein, ferner müßten die geographische Lage und die besonderen Verhältnisse berücksichtigt werden.

Der Vertreter Frankreichs erklärte, man habe in den letzten 13 Jahren seit dem Abschluß des Versailler Vertrages wenig getan, um die Dispositionen des Völkerbundpaktes im Sinne einer Organisierung der Sicherheit zu erweitern und zu verstärken. Das Projekt Léon Bourgeois über die Schaffung einer internationalen Streitmacht sei nicht verwirklicht worden, das Genfer Protokoll vom Jahre 1924 sei gescheitert, die französischen Vorschläge über den Ausbau der Art. 11 und 16 des Völkerbundpaktes seien gleichfalls nicht angenommen worden; statt eines obligatorischen Schiedsvertrages habe man Schiedsverfahren gewählt, statt einer Verpflichtung zum gegenseitigen Beistande habe man sich mit Freundschafts- und Nichtangriffsverträgen begnügt.

Sicherung des Friedens und Herabsetzung der Rüstungen seien nur möglich, wenn ein allgemeines internationales Sicherheits- und Garantiesystems, das für alle Staaten verbindlich sei, eingeführt werde.

Tardieu entw[illegible]te dann im einzelnen die [illegible] These. Der Artikel 8 des [illegible]lkerbundspaktes behandele nicht nur die Regelung der Rüstungsfrage, sondern auch die Schaffung kollektiver Sicherheit. Der Artikel 8 sei ein unteilbares Ganzes. Tardieu begründete den Standp[illegible]t der französischen Regierung aus der Mentalität der französischen Bevölkerung heraus.

In 100 Jahren seien drei Invasionen auf Frankreichs Boden erfolgt.

Die Rüstungen lasteten schwer auf der Bevölkerung Frankreichs. Im Vergleich zum Jahre 1913 habe Frankreich seine Effektivbestände um ein Viertel, die Zahl seiner Einheiten um [illegible] Hälfte und die Dienstzeit um zwei Drittel gekürzt im Gegensatz zu anderen Staaten, die [illegible] Rüstungen verstärkt hätten.

Im Jahre 1919 hätten Großbritannien und die Vereinigten Staaten in einer feierlichen Erklärung anerkannt, daß Frankreichs Sicherheit ungenügend sei.

Das französische Volk wolle nichts anderes als den Schutz [illegible] und die Sicherheit seiner Grenzen. Denn es wisse, was eine Invasion koste, sei es wenn man siegreich aus ihr hervorgehe. Frankreich habe stets eine großmütige Gesinnung gezeigt, so zum Beispiel, als es im Jahre 1930, fünf Jahre vor dem im Versailler Vetrag festgesetzten Termin ein Pfand aus seiner Hand gegeben hatte. (Tardieu [illegible]t die Rheinlandräumung.) Tardieu betonte, daß die französische Delegation ihr Programm zur Diskussion stelle. Zum Schluß erklärte Tardieu, ein Abkommen ohne Organisierung der Sicherheit wäre eine brutale und ungerechte Prämie für die Zahl und die Technik.

Die Großmaul-Macht

TU. Genf, 7. Februar.

Der bekannte nationalsozialistische Führer, General v. Epp, ist in Genf eingetroffen, um, wie verlautet, als Beobachter der Nationalsozialistischen Partei an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

Hitlers Privattruppen

Sie üben in Döberitz — Wer führt das Kommando?

ZN. Wie schon an den ersten Januarsonntagen — von ZN am 24. Januar gemeldet — fand auch am 31. Januar eine Uebung geschlossener Formationen der SA (Sturmabteilungen) der NSDAP auf dem Truppenübungsplatz der Reichswehr Döberitz statt, und auch für den letzten Sonntag war eine derartige Uebung angesetzt.

An der Uebung am 31. Januar nahmen etwa 5000 (fünftausend) Mann der Standarte (Regiment) Charlottenburg teil, die der Gruppe Berlin angehört. Der Antransport von 5 Uhr an und der Abtransport von 13 Uhr an geschah zum größten Teil mit der Eisenbahn. Die Bahnkosten zahlte die Partei.

Die Exerzierübungen geschehen nach dem neuen Reichswehrreglement, wonach die Gruppe nicht mehr aus zwei Viererreihen, sondern aus zwei Dreierreihen besteht.

Auf dem Truppenübungsplatz waren nach der Behauptung der SA-Leute ein Regierungsrat aus dem Reichsministerium des Innern und zwölf berittene Reichswehroffiziere anwesend, nach deren Anweisungen die Uebung geleitet worden sei.

Schutzpolizei, die in der Nähe des Uebungsplatzes postiert war, ist angeblich von dem Reichswehrkommandanten von Döberitz, Herrn von Puttkamer, fortgewiesen worden.

Zur Tarnung führt jedes Mitglied der SA einen Ausweis des Vereins „Deutscher Volkssport" bei sich. Dieser Verein tritt als Veranstalter auf, um über den Charakter der Veranstaltung zu täuschen. Als Beitrag wird pro Tag und Mann 10 Pfennig gezahlt.

Die Republikanische Beschwerdestelle Berlin hat das Reichswehrministerium von diesen sich wiederholenden Vorkommnissen in Kenntnis gesetzt. Herr von Puttkamer ist seit dem 1. Februar nicht mehr Kommandant des Truppenübungsplatzes.

★

Es wäre übrigens ganz interessant, wenn das Reichsministerium des Innern darüber Auskunft geben könnte, ob der Verein „Deutscher Volkssport" zu der Zahl jener Vereine gehört, die das Ministerium aus seinen Fonds dauernd oder zeitweilig mit geldlichen Unterstützungen zur Förderung ihrer auf dem Gebiet der Volkserziehung oder der körperlichen Ertüchtigung liegenden Aufgaben versieht.

Wir sind auf die Antwort gespannt.

Plan der Weißgardisten:

Mordanschlag auf Litwinoff

Moskau [illegible] Februar.

(Telegraphenagentur der Sin[illegible]union)

Bald nach der Abreise Litw[illegible] und der von ihm geführten Sowjet-Dele[illegible]n nach Genf erfuhr die Sowjetregier[illegible] zuverlässiger Quelle,

daß Weißgardisten ein A[illegible] auf Litwinoff vorbereit[illegible]

das schon in den nächsten Ta[illegible] geführt werden soll. Aus diesem Gru[illegible]e der stellvertretende Außenkommis[illegible]tinski am 2. d. M. an den Generalse[illegible]s Völkerbundes, Sir Eric Drumm[illegible]endes Telegramm:

„Die Sowjetregierung ist i[illegible] von verlässiger Angaben gelang[illegible]erden. Emigrantenkreise aus dem L[illegible]eutung lebenden Generäle Mi[illegible]urrenz miroff und Schattl[illegible] Die dergruppe aufstellten, [illegible]chester werden die [illegible]n hat, in den nächsten Tagen den Vorsitzenden der Sowjet-Delegation bei der Abrüstungskonferenz, Volkskommissar Litwinoff, zu ermorden. Nach den Angaben, die bei der Sowjetregierung vorliegen, soll der Mord mit Hilfe des in der Schweiz lebenden Jurij Ladyschenski ausgeführt werden, der zur Zeit der Zarenregierung Vertreter des russischen Roten Kreuzes war. Da Volkskommissar Litwinoff sich auf dem Boden der Schweiz, mit deren Regierung die Sowjetunion keine Beziehungen unterhält, nur auf die Einladung des Völkerbundes hin aufhält, halte ich es für nötig, diese von meiner Regierung erhaltene Information Ihnen zur Kenntnis zu bringen."

Das Außenkommissariat hat heute aus Genf die Nachricht erhalten, daß Sir Eric Drummond dieses Telegramm Krestinskis der Schweizerischen Regierung zur Kenntnis gebracht hat, damit diese die nötigen Maßnahmen treffen könne.

Der Krieg geht weiter

Erbitterte Kämpfe um Fort Wusung

London, 8. Februar.

Für Montag früh hatten die Japaner einen neuen Angriff auf die Wusung-Forts angesetzt, der aber bis um zehn Uhr vormittags chinesischer Zeit noch durch die Chinesen abgeschlagen werden konnte. Den Japanern war es nur gelungen, das Dorf Wusung zu besetzen. Die Kämpfe begannen am Sonntag vormittag mit einer Beschießung der Forts durch 20 japanische Flugzeuge. Japanische Schiffe landeten 600 Mann Infanterie und fünf Panzerwagen auf dem Eisenbahnkai und ließen diese auf Wusung vormarschieren. Eine andere japanische Infanterie-Abteilung marschierte gegen die rückwärtigen Verbindungen der Chinesen vor und wurde hierbei durch Seesoldaten unterstützt, die auf 30 Lastkraftwagen von Schanghai nach Wusung geschickt waren.

Am Sonntag nachmittag eröffneten ein Kreuzer und vier Torpedobootzerstörer vom Jangtse aus das Feuer auf die Forts. Die Geschütze der Forts antworteten nunmehr. Das Feuer dauerte bis 18.30 Uhr chinesischer Zeit, worauf die Japaner das zerstörte Dorf Wusung besetzten. Während der Kämpfe trat heftiger Schneefall ein. Die Japaner verloren zehn Tote und 40 Verwundete, die auf Lastkraftwagen nach Schanghai gebracht wurden. Die Forts wurden von den Chinesen gehalten.

★

Die Retter der Zivilisation

Moskau (über Kowno), 7. Februar

Nach einer amtlichen russischen Meldung aus Schanghai sind die Kämpfe bei Schapei noch nicht beendet. Der Sonnabend war der schwerste Tag, den Schapei erlebte. Die Stadt brannte vollkommen nieder. Der Schaden wird auf etwa 1,7 Milliarden Mark geschätzt. Die chinesischen Truppen haben Verstärkung erhalten und wollen weiter kämpfen.

Todesurteil durch Indizien

Breslau, 8. Februar

Das Schwurgericht in Oels verurteilte den Maschinenarbeiter Paul Labus aus Breslau wegen Mordes zum Tode. Diesem Urteil liegt folgender Tatbestand zugrunde: Die Hausangestellte Berta Karrasch aus Breslau wurde im Juli vorigen Jahres in einem Roggenfeld bei Salesche Kreis Namslau tot aufgefunden. Der Verdacht richtete sich gegen Labus, der zu der Karrasch engere Beziehungen unterhielt, es ergaben sich gegen ihn auch schwerwiegende Indizien die jetzt zur Verurteilung führten.

Beilage zur SAZ

Nr. 33. Jahrg. 1932
Dienstag, 9. Februar 1932

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

4. Fortsetzung

Schon will man es ganz genau wissen, daß Bullerjahn, der Oberlagerverwalter der Berlin-Karlsruher Industriewerke den Verrat begangen hat. Die „Vertrauensperson" des Kriminalkommissars Goepner packt nun aus:

„Untergeordnete Organe der BKIW hätten veranlaßt, daß eine Anzahl von Senk-Schmiedestücken, die noch aus früherer Zeit im Werke Wittenau lagerten, an einen anderen, nicht jedermann zugänglichen Ort gebracht wurden. Sie ordneten das an, in der sehr irrtümlichen Annahme, es handle sich um nach dem Friedensvertrag verbotenes Material. Von der Umlagerung mußte auch Bullerjahn auf irgendwelche Weise Kenntnis erhalten haben.

Bullerjahn hatte sich vorher Unredlichkeiten beim Schrottverkauf zuschulden kommen lassen und war deswegen von der Direktion schriftlich verwarnt worden. Da er sich zu Unrecht beschuldigt fühlte, verlangte er von der Direktion eine Ehrenerklärung. Im Zorn über die Ablehnung dieser Erklärung hat er gelegentlich geäußert, er würde es dem Werke noch anstreichen.

Die nun folgenden Angaben der Vertrauensperson stützen sich auf die Mitteilungen einer Person, die dem Kreise der IMKK sehr nahe steht.

Wenige Wochen vor Weihnachten erschien Bullerjahn bei der englischen Abteilung der IMKK und erklärte, er hätte Angaben über versteckte Waffen usw. zu machen. Da sämtliche Mitglieder der englischen Kommission bereits mit Vorbereitungen zum bevorstehenden Weihnachtsfest beschäftigt waren, lehnten sie es ab, mit Bullerjahn zu verhandeln, und verwiesen ihn an die französische Abteilung der Kommission. Was Bullerjahn mit der französischen Abteilung verhandelt hat, ist dem Vertrauensmann nicht bekannt.

Später, nachdem sich der Verdacht des Verrats im Werk allgemein auf Bullerjahn gelenkt hatte, schrieb er einen Brief an die englische Abteilung, in dem er flehentlich bat, ihn nicht zu verraten, da er sonst 15 Jahre Zuchthaus zu gewärtigen habe."

Als Bezahlung für den Verrat soll Bullerjahn von der französischen Kommission (Leutnant Jost) 1200 Mark bekommen haben. Dieser Betrag ist zu verstehen, wenn man berücksichtigt, daß bei einem Kontrollbesuch der Kommission 120 000 Rohlinge (Gewehrläufe in rohem Zustand) gefunden worden sind . . ."

Wer ist diese Vertrauensperson, die gleicherweise über die Verhältnisse im Werk in Wittenau und in den Kreisen der Militär-Kontroll-Kommission so gut im Bilde ist? Woher weiß sie so genau, daß das von der Kontrolle erfaßte und beanstandete Material „aus früherer Zeit" gar kein nach dem Friedensvertrag verbotenes Material ist?

War in Wittenau wirklich alles so harmlos?

Aber eine Angabe läßt doch aufhorchen: 120 000 halbfertige Gewehrläufe hat die Kommission bei einem Besuch aufgefunden. Weiß die „Vertrauensperson", daß dieses Quantum die Summe der der Reichswehr zugebilligten Gewehre und Karabiner um ein erhebliches übersteigt?

Ein paar Tage danach wird Bullerjahn, nach einem Besuch auf seiner Arbeitsstelle auf dem Bahnhof Wittenau festgenommen. Er war seit dem 8. Januar krank geschrieben; am 5. Februar noch, einen Tag vor dem Besuch des ungenannten Denunzianten auf der Abteilung IA, hatte ihn der Vertrauensarzt der Firma besucht und festgestellt, daß er ein Nierenleiden habe.

Die sofort vorgenommene Haussuchung ergab nichts Belastendes. Auf dem Polizeipräsidium wurde Bullerjahn sogleich in Gegenwart eines zweiten Kriminalbeamten von dem Kriminalkommissar Goepner vernommen. Bullerjahn bestritt auf Vorhalt, in irgend einer Weise mit dem Verrat zu tun zu haben. Der Kriminalkommissar stellte ihm daraufhin fünfzehn Jahre Zuchthaus in Aussicht und war von seiner vorgefaßten Meinung, daß Bullerjahn der Verräter sei, keinen Augenblick lang abzubringen.

Ehe wir uns jetzt weiter mit dem Gang der Untersuchung beschäftigen, wird es angezeigt sein, die Verhältnisse im Werk in Wittenau und Bullerjahns persönliche Verhältnisse einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

Bullerjahn war im Militärwaisenhaus in Potsdam erzogen worden. Nach dem Besuch der Unteroffizierschule trat er im Jahre 1911 als Kapitulant ins Heer ein und brachte es bis zum Kriegsende zum Vizefeldwebel und Feuerwerker. Den Feldzug hat er in Frankreich, Polen, Italien mitgemacht. Im Jahre 1922 verheiratete er sich, bewohnte aber weiter die Wohnung seiner Mutter in der Berliner Winterfeldstraße. Dort wohnten auch gleichzeitig seine Geschwister. Der Haushalt wurde gemeinsam geführt, seine Kosten auch gemeinsam bestritten. Bullerjahn war auf verschiedenen Arbeitsstellen zur Zufriedenheit seiner Arbeitgeber tätig; Mitte Februar 1922 fand er Anstellung als Oberlagerverwalter bei den Berlin-Karlsruher Industriewerken in Wittenau. Ihm unterstanden dauernd etwa 35 bis 40 Beamte mit einem entsprechenden Arbeiterstamm. Einstellungen und Entlassungen, Gehalts- und Lohn-Erhöhung, Arbeitszuteilung usw. erfolgte nach seinen Weisungen, respektive mit seiner Zustimmung. Die Stellung hatte vor ihm ein früherer Major längere Zeit innegehabt. Sein monatliches Einkommen von 316 Mark reichte zur Ernährung der Familie voll aus. Die unverheirateten Brüder und eine Schwester waren gleichfalls in Lohn und Brot und die verwittwete Mutter bezog eine kleine Rente. Bullerjahn wurde von seinen Angehörigen und von Freunden des Hauses oft wegen seiner übertriebenen Sparsamkeit gehänselt. Weder wurden bei der Haussuchung Vermögenswerte gefunden, die er seinem Einkommen nach auf rechtmäßige Weise nicht erworben haben konnte, noch konnte durch die beinahe vier Wochen hindurch währende polizeiliche Ueberwachung vor der Verhaftung irgendeine größere Ausgabe oder Anschaffung festgestellt werden, die seinen Einkommensverhältnissen widersprochen hätte. Einmal konnte von den Kriminalbeamten allerdings ein Kinobesuch, ein anderes Mal der Besuch einer Konditorei festgestellt werden. Vom Reichsgericht ist Bullerjahn dann zum Vorwurf gemacht worden, daß er für eine Freundin, zu der er vor der Ehe Beziehungen unterhalten hatte, die auch nach dem Zeitpunkt seiner Verehelichung nicht ganz erloschen, Aufwendungen größeren Umfangs hätte machen müssen. Das Reichsgericht hat es sich jedoch merkwürdigerweise erspart, diese Freundin über die Art der kleinen Aufmerksamkeiten, die ihr Bullerjahn gelegentlich erwies, unter Eid zu hören. Es hätte nämlich sonst feststellen müssen, daß gar nicht davon die Rede sein konnte, daß dieser Verkehr Bullerjahn „Geld kostete", wie das Reichsgericht dies in seinem Urteil merkwürdigerweise behauptet hat. Die Freudin hat erklärt, daß Bullerjahn ihr allenfalls zu dem gelegentlichen Stelldichein einmal eine Tafel Schokolade mitbrachte, daß sie in der Regel aber nicht einmal gestattete, daß Bullerjahn die Tasse Kaffee und das Stückchen Kuchen für sie bezahlte. Zu Weihnachten 1924 aber, als Bullerjahn nach der Ueberzeugung des Reichsgerichts gerade in den Besitz des „Verräterlohns" von 12—1400 Mark gekommen war, erhielt sie von ihm außer der üblichen Tafel Schokolade noch drei rote Nelken.

(Weitere Artikel folgen.)

Eiserne Front

**Eine eiserne Front hat sich gebilde
mit Trara und bum bum —
Ja, der Spießer ist erschrocken
und die Sozialdemokraten werden wieder
radikal.**

**Ach, das war einmal. Und kehrt nie wieder,
Herr Spießer —
ihr seid ja jetzt staatserhaltend, und national,
schimpft auf Kriegskredite, und den Friedens-
vertrag.**

**Ihr seid deutsch — und Deutschland ist in
von außen und innen. [Gefahr
Die Schwerindustrie ist auch mit dabei, und
das kleine Uebel, [Herr Brüning
Und der Panzerkreuzer. Und die Bibel.
Sie verteidigen Republik und Demokratie,
Arme Proleten. Es ist schade um sie —
die sich da lassen
mit blechernen Phrasen
den Verstand vergipsen.
Hitler oder Brüning, das ist ganz egal —
es sind alles Schachfiguren fürs Finanzkapital:
Brüning bereitet vor,
andere steigen nach,
die steh'n heut' vor dem Tor.**

Prolet! Erwach!

**Wir haben kein Vaterland!
Für uns gibts nichts zu loben.
Wir sind immer unten.
Die andern sind immer oben.
Wir wollen den Rätestaat! Diktatur!
Platz für die Herrschaft des Arbeiter-
Platz für die Diktatur! [staats!
Für die Diktatur des Proletariats!**

Der Autor des „Helmut Harringa" gestorben

In Hamburg starb 61 Jahre alt, Dr. Hermann Popert, der Richter und Schriftsteller, Autor des Romans „Helmut Harringa", der mit einer Auflage von über 300 000 Exemplaren eines der meistgelesenen Bücher vor dem Kriege war.

Der Mord-Kapitalismus

Doppelselbstmord zweier Schwestern

Schönebeck (Elbe), 8. Februar.

Bei Frohse wurden aus der Elbe zwei mit einem Strick zusammengebundene weibliche Leichen geborgen. Die eine der Toten trug um den Hals eine versiegelte Flasche, in der sich zwei Feuerbestattungsscheine befanden. Es handelt sich um zwei aus Wernigerode stammende Schwestern im Alter von 67 bzw. 54 Jahren, die die Tat aus wirtschaftlicher Not begangen haben dürften.

Der Fall Flora Müller

Das Urteil des Leipziger Schwurgerichts

Leipzig, 8. Februar

Das Schwurgericht verurteilte die 27 Jahre alte Krankenschwester Flora Müller, die aus Kaltenborn bei Guben stammt, wegen Totschlags unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. Sechs Monate werden auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet.

Die Angeklagte war seit 1925 als Krankenschwester im Krankenhaus St. Jakob tätig. Sie hing mit Leib und Seele an ihrem Beruf und erstrebte als höchstes Ziel die Anstellung als beamtete Schwester. Es wurde ihr jedoch eröffnet, daß eine Anstellung nicht in Frage kommen könne. Im Juli 1931 wurde sie angeblich wegen Hysterie zwangsweise beurlaubt. Sie nahm sich das so zu Herzen, daß sie Selbstmord durch Erschießen begehen wollte. Am 9. August 1931 traf sie auf der Straße den Verwaltungsdirektor des Krankenhauses St. Jakob, Dr. Lehmann, und fragte ihn, ob sie nicht wieder eingestellt werden könne. Die schroffe Zurückweisung ihrer Frage durch Dr. Lehmann versetzte sie in derartige Erregung, daß sie ihn durch zwei Schüsse tötete.

Schneestürme

im Aegäischen Meer

Im Aegäischen Meer toben starke Schneestürme. Der Personendampfer „Yperochi" ist bei der Insel Skiathos auf den Strand gelaufen. Die Fahrgäste konnten glücklicherweise gerettet werden. Viele Dampfer haben Verspätung und laufen Nothäfen an.

Palästina im Schnee

Ueber Jerusalem tobte am Sonntag ein außerordentlich heftiger Schneesturm. Der Verkehr wurde eingestellt. In dieser Jahreszeit ist seit langen Jahren in Jerusalem kein Schnee mehr gefallen. Man spricht hier allgemein von einem seltenen Naturereignis.

Flammentod zweier Kinder

Wandsbek, 8. Februar.

Ein furchtbarer Unglücksfall ereignete sich am Sonntag nachmittag auf einem Lagerplatz in der Johannesstraße. Der sechsjährige Günther Geschke und der achtjährige Egon Böckel spielten dort zwischen alten Kraftwagen. Sie erkletterten schließlich das Führerhäuschen eines Lastkraftwagens und haben wahrscheinlich mit brennenden Streichhölzern das Wageninnere abgeleuchtet. Es erfolgte plötzlich eine Explosion, worauf der Wagen im Nu über und über in Flammen stand. Vorübergehende riefen die Feuerwehr herbei, die den Brand bekämpfte, ohne jedoch zu ahnen, daß sich die Kinder in dem Wagen befanden. Erst bei den Aufräumungsarbeiten entdeckte man unter den Trümmern die vollkommen verkohlten Leichen der beiden Kinder.

Verkehr der Reichshauptstadt

Am Sonntag beförderten die Berliner Straßenbahnen 1 099 000, die Omnibusse 277 000 und die U-Bahnen 591 000 Fahrgäste, insgesamt 1 967 000 Personen.

Tribüne der SAZ

Die „Tribüne" der SAZ dient der Aussprache. Die Redaktion nimmt diese Zuschriften auf, gleichviel, ob sie mit dem Inhalt übereinstimmt oder nicht. Die Redaktion übernimmt daher für die in der „Tribüne" erscheinenden Artikel nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Revolutionäre Theorie — Revolutionäre Praxis

Zum Aktionsprogramm der SAP

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.

Karl Marx.

Die ersten Schritte wirklicher Bewegung sind getan. Wir werden heute, morgen, übermorgen die nächsten tun! Der wirkliche Marsch hat begonnen und keine Macht der Welt (weder die Tintenkuli von rechts, noch die Phrasenhelden von links) wird diesen Marsch zu verzögern oder gar aufzuhalten in der Lage sein. Jeder Genosse, jede Genossin, die sich freiwillig in unsere Reihen einordnet, hat die Pflicht, in jedem Augenblick, in jeder Stunde, Tag und Nacht für die wirkliche Bewegung Sorge zu tragen.

Jeder Schritt, jeder Marsch jedoch muß eine Richtung, ein Ziel und schließlich einen Weg haben. So wahr und so richtig gerade für unsere junge Bewegung die einleitend zitierten Worte unseres Altmeisters sind, so wahr und so richtig sind auch die Worte des großen Revolutionärs Lenin, daß es **„eine revolutionäre Theorie, keine revolutionäre Bewegung"** gibt und geben kann. Mittels der revolutionären, von Marx und Engels begründeten, von Rosa Luxemburg, Lenin und anderen weiter entwickelten Theorie erst vermag das Proletariat durch den Strudel der Tagesereignisse hindurch den Weg zur klassenlosen Gesellschaft zu erkennen. Die revolutionäre Theorie ist, um mit Karl Marx zu sprechen, der Kopf der menschlichen Befreiung, zu dem das Proletariat — als Herz dieser Befreiung — die notwendige Ergänzung bildet. Das Proletariat ohne Theorie — das wäre der Seemann ohne Karte und Kompaß, das wäre der Riese Goliath ohne das bezaubernde Kleinod im Schild.

Die Quintessenz dieser revolutionären Theorie muß im Parteiprogramm, im Prinzipienprogramm, wie Marx sagen würde, unserer Bewegung niedergelegt werden. Ein solches Prinzipienprogramm müßte vor aller Welt einen Markstein errichten, an dem die Höhe unserer Parteibewegung gemessen werden könnte (Marx), es müßte eine öffentlich aufgepflanzte Fahne sein, die weithin über das Land alle aktiv proletarischen Kräfte zu rufen und zu sammeln in der Lage ist.

Ein Prinzipienprogramm, welches alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens erfassen und alle Gesetze der kapitalistischen Produktion präzis aufzeigen müßte, zu schaffen, hatten wir leider in der gegenwärtig bewegten Situation (in der uns jeder Schritt wirklicher Bewegung primärer erscheint) noch nicht die Zeit. Unsere Führer haben es vorgezogen (und das ist gut so!), zunächst nur ein Aktionsprogramm — das die jüngste Entwicklung des Kapitalismus aufzeigt — zu entwerfen, um unter dieser Fahne mit der Sammlung der proletarischen Kräfte zu beginnen, um unter dieser Fahne das Proletariat an die Front, in die Schützengräben des gesellschaftlichen Schlachtfeldes zu führen.

„Uebereinkünfte für Aktionen (Aktionsprogramm!) lassen sich leichter und rascher entwerfen" und erfüllen für eine gewisse Uebergangszeit den gleichen Zweck. Dieses Aktionsprogramm muß sobald als möglich einem alles umfassendes Prinzipienprogramm Platz machen, um damit recht bald unseren Markstein vor aller Welt zu errichten — um damit die alles symbolisierende Fahne vor aller Oeffentlichkeit aufzupflanzen. (Die Notwendigkeit und der Inhalt eines Prinzipienprogramms muß an anderer Stelle ausführlich behandelt werden.)

Auch für ein Aktionsprogramm gelten nach unserer Meinung die Engelschen Ratschläge, die er Karl Kautzky bei der Ausarbeitung des Erfurter Programms gemacht:

„Nach meiner Ansicht hat das Programm so kurz und präzis als möglich zu sein. Selbst wenn auch einmal ein Fremdwort oder ein nicht auf den ersten Blick in seiner Tragweite zu erfassender Satz vorkommt, schadet das nichts. Der mündliche Vortrag in der Versammlung, die schriftliche Erklärung in der Presse tut da alles Nötige, und der kurze, prägnante Satz befestigt sich dann, einmal verstanden, im Gedächtnis, wird Schlagwort. Man opfere der Rücksicht auf Popularität nicht zu viel, man unterschätze nicht die geistige Begabung und Bildungsstufe unserer Arbeiter. Sie haben weit schwerere Dinge verstanden als das kürzeste, knappeste Programm ihnen bieten kann."

Das Programm selbst darf also nicht zum Kommentar werden, dazu sind ja die Versammlungen und die Presse, schließlich auch Broschüren und Zeitschriften da. Gerade ein Aktionsprogramm muß schlagwortartige Losungen in die Masse werfen, die sich rasch und fest in den Köpfen der Massen einprägen. Auch hier ist richtig, was Engels von den Fremdworten sagt: „Einmal verstanden und den richtigen Sinn erfaßt, verstehen die Massen die Fremdworte besser als die Führer, die sie geprägt."

Kritisches zum provisorischen Aktionsprogramm:

Das Aktionsprogramm ist das Programm der unmittelbaren Gegenwart und der nächsten Zukunft; es ist das Programm für heute und morgen. Das Gestern und das Uebermorgen gehören ins Prinzipienprogramm — gehören nicht zur Aktion.

Es scheint uns verfehlt, in der Einleitung des Aktionsprogramms vom Kapitalismus, seinen Gesetzen und seinen Widersprüchen im allgemeinen zu sprechen. Wäre es doch richtiger, die jetzige, die höchste Phase des Kapitalismus: den **Imperialismus** nicht nur beim richtigen Namen zu nennen, sondern auch einige seiner Wesensmerkmale aufzuzeigen. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß man den Imperialismus in all seinen Farben schillern lassen soll — das muß dem Kommentar überlassen bleiben.

*

Einige wesentliche Charakterzüge des Imperialismus sind schon im Programmentwurf teils ganz offen, teils nur zwischen den Zeilen zum Ausdruck gebracht. Der aufmerksame Leser findet im Entwurf — wenn auch ganz versteckt — die Synthese des Kapitals, das aus Handels-, Industrie- und Bankkapital erwachsene Finanzkapital; er entdeckt auch — wiederum nur zwischen den Zeilen — das Monopol! Diese Dinge müssen (soweit sie es noch nicht sind) Allgemeingut der proletarischen Kampfsprache werden und **gehören wörtlich ins Programm.** Vergeblich sucht man im Entwurf den Kapital-Export, der durch das Hochschutzzoll-System und das Sinken der Profitrate (Verhältnis von Mehrwert zum Gesamtprofit

$$\frac{m}{c + v}$$

einen ungeheuren Auftrieb erhält, der sich im Zeitalter des Finanzkapitalismus in immer größerem Umfange neben dem Warenexport stellt und den Kampf um den nichtkapitalistischen Raum noch weiter verschärft. Das Gleiche gilt von dem Kampf der für die große Industrie unentbehrlichen Quellen der Roh- und Brennstoffe (Kupfer, Metall, Oel usw.). Auch diese Dingen müssen wörtlich zum Ausdruck kommen.

Für die proletarischen Massen muß der Imperialismus der Inbegriff aller Qualen und Leiden, allen Grauens und Elends der heutigen Gesellschaft, aber auch die Inbegriffe letzter, erbitterter, verzweifelter Kämpfe um eine neue klassenlose, sozialistische Gesellschaft werden. Der Begriff: Imperialismus muß den Massen das blutige Völkermorden der Vergangenheit und noch blutigere Morde der Zukunft vor ihrem geistigen Auge aufstehen und den Anbruch der Periode **proletarischer Revolutionen in allen Ländern** erkennen lassen. Die ungezählten Millionen im Schweiße ihres Angesichts Schuftende müssen erkennen, daß der Imperialismus mehr und mehr nur die eine Alternative übrig läßt: **Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!** In diesem Sinne muß der Imperialismus als Schlagwort wirken und an die Spitze unseres Programms gesetzt werden.

(Zur besseren Verständigung numerieren wir die einzelnen Abschnitte lateinisch und die Absätze jedes Abschnittes deutsch.)

Zu Abschnitt I: Die ersten zwei Absätze würden wir unserer Kritik gemäß anders formulieren (vergl. weiter unten). Wir haben, soweit es möglich war, die gleichen Worte des Entwurfs verwandt.

Zu Absatz 5: Richtig ist, daß die gegenwärtigen Krisen oft als Kreditkrisen in Erscheinung treten, daß die Erschütterung des finanzkapitalistischen Kreditgebäudes die Krisen noch verschärfen. Unrichtig jedoch ist die Verbindung („daher") mit dem aus dem kommunistischen Manifest entnommenen Satz: daß jeder Versuch der Bourgeoisie, die Krisen zu überwinden, zur Vorbereitung allseitiger und gewaltiger Krisen führen muß. Nicht nur weil Industrie- und Agrarkrisen das Kreditgebäude untergraben und unsicher machen, führt der Versuch der Bourgeoisie usw. zur Verminderung der Mittel, den Krisen vorzubeugen, sondern weil in erster Linie die Märkte sich zusehends verengen und der Monopol-Kapitalismus die Kluft zwischen Produktivkraft und Konsumkraft (Kaufkraft) noch vertieft und erweitert. „Daher führt jeder Versuch usw." Den ganzen Satz kann man in diesem Zusammenhang weglassen. Er paßt viel besser in den 2. Absatz (siehe unsere Vorschläge). Anstelle des gestrichenen Satzes kann man aber zum Ausdruck bringen, daß **die Untergrabung des Kreditsystems ein weiteres krisenverschärfendes Moment ist.**

Zu Abschnitt II: Ob es überhaupt notwendig ist, in einem Aktionsprogramm die Stellung zu den einzelnen proletarischen Parteien zum Ausdruck zu bringen, ist uns zweifelhaft. Das Programm an sich bringt doch von selbst die Abgrenzung von den einzelnen Parteien. (Hier muß der Kommentar einsetzen). Man müßte, wenn man die oben aufgeworfene Frage bejaht, auch zu den übrigen Parteien (vor allem Faschisten) Stellung nehmen. Will man nur zu den proletarischen Parteien Stellung nehmen, so ist die SPD zu kurz gekommen (grundsätzlich zu ihr Stellung nehmen!). Es genügt nicht, nur von der Kulisse zu sprechen.

Im 3. Absatz heißt es im 2. Satz, daß der Bruderkampf zwischen SPD und KPD immer mehr die besten und bewußtesten Klassenkämpfer abstoßen würde. Das ist doch ein wenig übertrieben. Die bewußtesten Klassenkämpfer werden sich durch nichts vom Klassenkampf abhalten lassen. „Beste und bewußteste" würden wir streichen und hierfür folgendes setzen: **. . immer mehr wertvolle proletarische aktive Klassenkämpfer . . . .**

Abschließen würden wir diesen Abschnitt mit dem Absatz 2 aus III (dies gehört zum Klassenkampf) und hier wie folgt formulieren: „Der Sozialismus wird nicht aus dem Entwicklungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft automatisch herauswachsen. **Der Sozialismus wird auch nicht aus einem selbstständigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems geboren werden. Erste Voraussetzung seiner Verwirklichung ist die Ergreifung der politischen Macht."**

Zu III. Da die **Eroberung der politischen Macht** die **wichtigste Aufgabe** und das nächste Ziel jeder politischen Bewegung ist und immer sein wird, so ist dieser Abschnitt der wichtigste im ganzen Programm. Es ist unmöglich, in einem Artikel, der sich mit dem Programm im ganzen beschäftigt, alle Seiten dieses Abschnittes zu beleuchten.

Die Genossen H. Scheler-Titus und Hibo (Nr. 8 und 13 der SAZ) haben schon einige grundsätzliche Bemerkungen hierzu gemacht. Da wir die dort zum Ausdruck gebrachten Ansichten im wesentlichen akzeptieren, erübrigt es sich, längere Ausführungen zu machen. Wir beschränken uns für heute auf die Abänderungsvorschläge, die wir ausführlich zu begründen in einer anderen Arbeit gern bereit sind.

Abänderungsvorschläge zum Aktionsprogramm:

Wir sollen nicht nur Kritik üben, sondern praktische Vorschläge machen. Hier die unsrigen:

I. Die Krise des kapitalistischen Systems

1. Der Imperialismus, die höchste und letzte Phase des Kapitalismus, hat die Grundtendenzen und Bewegungsgesetze des Kapitalismus gewaltig forciert und damit die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems ungeheuer verschärft. Die die freie Konkurrenz in ihrem Umfange immer mehr ausschaltenden Monopolverbände, das Verwachsen von Handel, Industrie und Bankkapital zum Finanzkapital treiben die inneren Widersprüche des Kapitalismus nur noch mehr auf die Spitze.

2. Die Folge hiervon sind gewaltige Wirtschaftskrisen, die mehr und mehr zu Krisen des gesamten kapitalistischen Systems auswachsen. Diese Krisen werden im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung immer länger und schärfer, die Perioden wirtschaftlicher Belebung immer kürzer. Der Kapitalismus wird trotz steigender Ergiebigkeit der Arbeit immer unfähiger, die Massen ausreichend zu versorgen. Die Arbeitslosigkeit riesiger Arbeiterarmeen wird zur Dauererscheinung. **Dadurch werden allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und mit der Steigerung der Produktivkraft und der Zusammenziehung der Märkte schwinden der Bourgeoisie mehr und mehr die Mittel, den Krisen vorzubeugen.**

3. Durch die kolossale Zusammenziehung der Märkte verschärft sich gleichzeitig der Kampf der kapitalistische Staaten um den Anteil an diesen Märkten. Die Länder umgeben sich mit hohen Zollmauern, die Löhne werden gesenkt, damit bei hohen Inlandspreisen und niedrigen Exportpreisen die Konkurrenten überboten werden können. **Die fieberhafte Jagd nach den Quellen aller für die große Industrie unentbehrlichen Roh- und Brennstoffe und der durch das Sinken der Profitrate und das Hochschutzzollsystem ins Riesenhafte gesteigerte Kapitalexport lassen ständig politische Konflikte entstehen, die die Gefahr hervorrufen,** daß der wirtschaftliche Konkurrenzkampf in den Kampf mit kriegerischen Mitteln umschlägt.

(Von hier ab kann der Entwurf bleiben. Vgl. unter obigen Ausführungen.)

III. Der Kampf um die Macht

1. Die Eroberung der politischen Macht ist die entscheidendste und wichtigste Aufgabe des Proletariats. Diese Macht kann nur im schärfsten, erbittertsten und schonungslosesten Klassenkampf gegen die Machthaber des kapitalistischen Systems erobert werden. Alle Kampfmittel und Kampfmethoden hat die Arbeiterklasse in diesen Machtkampf einzuordnen.

2. Die Form der politischen Macht des Proletariats kann nur die Diktatur des Proletariats selbst sein. Erst sie wird die wahrhafte Demokratie, die Demokratie der Armen und der Mehrheit, die Demokratie des Proletariats verwirklichen. Die Diktatur des Proletariats ist notwendig, um 1. alle Widerstände und Restaurationsversuche der Bourgeoisie zu brechen und zunichte zu machen und 2. alle schwankenden und kleinmütigen Elemente mitzureißen und schließlich alle Spekulanten, Schieber und Verbrecher mit eiserner Faust niederzuhalten.

3. Die Macht des Proletariats wird aller Voraussicht nach in dem imperialistischen Deutschland durch die Gewalt des Proletariats erobert werden müssen. Gewalt muß mit Gewalt gebrochen werden. Das Proletariat kann die politische Macht nur an sich reißen und für die Dauer behaupten, wenn erstens die Widersprüche des kapitalistischen Systems so groß geworden, daß selbst die Bourgeoisie keinen Weg des Ausgleichs der Widersprüche zu finden vermag und dadurch für die besitzende Klasse die Unmöglichkeit entsteht, in der bisherigen Weise weiter zu herrschen, und das Vertrauen im Lager der Herrschenden auf ihre eigene Kraft selbst immer mehr schwindet; wenn zweitens alle feindlichen Klassenkräfte ungewöhnlich geschwächt sind; wenn drittens die Widersprüche des Kapitalismus Elend, Not und Sklaverei auf ein für die große Masse proletarischer und halbproletarischer Schichten unerträgliches Maß steigern und diese Massen die Unzulänglichkeit des kapitalistischen Systems und dessen Staatsform mehr und mehr einzusehen beginnen; wenn viertens diese Widersprüche zur Steigerung der aktiv-revolutionären Energien innerhalb der Arbeiterklasse führen und wenn schließlich fünftens die entscheidende Mehrheit des Proletariats unter Führung der revolutionären Partei bereit ist, für die sozialistische Gesellschaft nicht nur zu kämpfen, sondern auch zu sterben!

4. Zur sicheren Durchführung der proletarischen Diktatur und zur Verwirklichung des Sozialismus muß der bürgerlich-bürokratische Staatsapparat zerschlagen und an seine Stelle der auf der unmittelbaren Wirksamkeit des Proletariats aufgebaute Rätestaat gesetzt werden.

5. Für die Stellung des Proletariats zum Staate ist nicht dessen republikanische Form noch die demokratische Hülle entscheidend, sondern allein sein sozialer Inhalt.

6. Solange die Bourgeoisie die materiellen Machtmittel und die Mittel der geistigen Beeinflussung in der Hand hat, ist sie imstande, ihre Herrschaft als kleine Minderheit über die proletarische Mehrheit auszuüben. Läßt sie auch zeitweise das Mitregieren von Arbeitervertretern zu, so doch nur soweit, als diese an der Herrschaftsstellung der Bourgeoisie nicht rütteln.

7. Die demokratische Republik ist die spezifische Staatsform der kapitalistischen Gesellschaft. Sie ist auch nur eine mit einer parlamentarischen Fassade versehene Unterdrückungsmaschine in den Händen der Bourgeoisie. Sie ist die verschleierte Diktatur der Kapitalmagnaten und der Großgrundbesitzer. Sobald im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung das Proletariat in der demokratischen Staatsform mächtig genug ist, die Staatsmacht in seine Hände zu nehmen, wendet sich die Bourgeoisie von den demokratischen Formen der Herrschaft zur faschistischen, **von der verschleierten zur offenen Diktatur.**

8. Auch in der demokratisch-parlamentarischen Republik wurzelt die Macht des Proletariats in seiner in Klassenorganisationen zusammengefaßten außerparlamentarischen Kraft und seiner Wehrhaftigkeit. **Die Arbeiterklasse erkennt den relativen Wert des demokratischen Kampfbodens für ihren Klassenkampf. Indem das Proletariat für seine Diktatur, für seine eigene Demokratie kämpft, kämpft es gleichzeitig, bis zur Vollendung der Diktatur des Proletariats, für die Erhaltung des demokratischen Kampfbodens.**

Karl Hiestermann, Planitz.

Briefe an die SAZ

Revolutionäre und konterrevolutionäre Kräfte in Spanien

Aus dem Privatbrief eines in Spanien lebenden SAP-Genossen entnehmen wir die folgende Stelle:

Die Arbeiterbewegung hier in Spanien wird nicht in Madrid, sondern in Katalonien gemacht. Daß die letzte Aktion zusammenbrach, hat eben zwei Hauptgründe: erstens die Schlappheit der Sozialisten in Madrid und zweitens die Disziplinlosigkeit der Kommunisten. Die spanischen Genossen haben ja allen Grund mit den bisherigen „Erfolgen" der Revolution unzufrieden zu sein. Nun sollte am 25. der große Generalstreik in ganz Spanien der Regierung in Madrid zeigen, daß die Arbeiterklasse nicht mehr gewillt ist, auf die Erfüllung gegebener Versprechen zu warten, sondern daß sie imstande ist, selbst ihre Forderungen durchzusetzen. Ohne Parlament und ohne Regierung. Da die Sozialisten selbst in der Regierung sind und genau wie in Deutschland bis zum schwärzesten Kirchenfürsten alles tolerieren, wurde natürlich von diesen Auchgenossen gebremst, wenn auch zugegeben werden muß, mit wenig Erfolg, denn die Erbitterung unter der Arbeiterschaft war zu groß.

Da bekamen die Kommunisten es plötzlich mit der Angst, daß ihr Ruhm nicht groß genug werden könnte, und

gegen alle Abmachungen schlugen sie in voller Disziplinlosigkeit acht Tage vorher los,

und da nichts vorbereitet war, verlief sich die ganze Sache in Teilaktionen, und der „bewaffneten Macht" war es natürlich ein leichtes, die Teilaufstände „abzumachen." **Unsagbares Elend ist wieder über viele Proletarierfamilien gekommen, nur weil einige ehrgeizige kommunistische Führer absolut aus der Reihe tanzen mußten und die ersten sein wollten.** Gewerkschaftskämpfe zu führen werden die Kommunisten wohl nie lernen. Hier in Spanien auch nicht. Es war alles so gut vorbereitet, und kurz vor dem Losschlagen mußten die uns in den Arm fallen. — — —

Lokalblatt der SAZ

SAP

Bezirk Oberrhein

Samstag, 13. Februar und Sonntag, 14. Februar, findet im Lokal „Hirschquelle", Köln, Ehrenstr. 11 I, der erste

Parteitag

des Bezirks Oberrhein statt. Er beginnt Sanmstag, 18 Uhr.

Tagesordnung für Samstag, 13. Februar:

1. Konstituierung des Parteitages,
2. Berichte (Partei, Schutzbund, SJV, Presse),
3. Statut und Geschäftsordnung,
4. Wahl des Bezirksvorstandes.

Tagesordnung für Sonntag, 14. Februar (Anfang 9 Uhr):

1. Die politische Lage und die Aufgabe der SAP. (Ref. Gen. Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin.)
2. Unser Parteiprogramm. (Ref. Gen. Bernh. Reichenbach, Düsseldorf.)
3. Stellungnahme zum Reichsparteitag und zur Wahl der Delegierten.

Auswärtige Delegierte erhalten Freiquartier bei Kölner Genossen. Parteigenossen und Genossen des SJV haben gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches als Gäste Zutritt zum Bezirksparteitag.

Düsseldorf

Residenztheater: „Der schönste Mann im Staat". In Filmen nichts Neues — damit wäre eigentlich alles gesagt. Auch hier haben wir wieder einen Militär-Tonfilm-Schwank der üblichen, berüchtigten Art. Was wir in den letzten Wochen und Monaten von diesen Filmen gesehen haben, hat unseren Bedarf reichlich gedeckt. (Wir stellen fest, daß auch die große Masse der Kinobesucher diesen Militärfilmen heute durchaus ablehnend gegenübersteht.) Wenn den Militärschwänken anfangs ein Erfolg beschieden war, so nur deshalb, weil sie die plattesten Amüsierinstinkte der großen Masse befriedigte. Daß man diese Filme nur am laufenden Band herstellen kann, ist durch das Milieu, in der sie sich abspielen, gegeben. Man nimmt einen Major, einen Leutnant, einen Feldwebel und einen Trottel (oder ist es umgekehrt — drei Trottel und einen Muskoten?), und schon haben wir einen Militär-Tonfilm-Schwank! Daß Siegfried Arno diesmal mitwirkt, hebt den Film um nichts über das allgemein kitschige Niveau. (Er ist übrigens persönlich anwesend und wird vom Publikum freudig aufgenommen.) — Der zweite Film „Malwasanderes" ist wirklich mal was anderes. Hier soll dem Publikum Gelegenheit gegeben werden, an der Ausgestaltung des Filmes mitzuwirken. Die Idee ist gut, aber auch hier hat man wieder den plattesten Unterhaltungsstoff gewählt, und das nimmt uns auch die Freude an diesem „Mal was anderes". Eine tönende Wochenschau rundet das Programm ab.

Lütgendortmund

Die proletarische Einheitsfront marschiert auch hier. Am 2. Februar wurde im Kinosaal Buschkamp eine öffentliche Volksversammlung abgehalten, die einberufen war von der Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiter. Die Arbeitsgemeinschaft setzte sich paritätisch aus Mitgliedern der SAP, der KPD und Anarchisten zusammen. Das Thema hieß: „Kampf gegen den Faschismus und seine Lakaien". Darüber sprachen drei Referenten, und zwar Genosse Schnitker von der KPD, Genosse Decker von der SAP und Genosse Trobitz von den Anarchisten. Rund 700 Versammlungsbesucher waren anwesend. Die Ausführungen der drei Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. Scharf geißelten sie die Rolle der SPD, die durch ihre Tolerierungspolitik dem Faschismus den Weg ebnet und keinen Klassenkampfgeist mehr besitzt. Klar kam zum Ausdruck, daß es unbedingt notwendig ist, die proletarische Einheitsfront aller Schaffenden zu schmieden. Kampf gegen Brüning-Diktatur, gegen Faschistenterror, gegen den imperialistischen Krieg, Schutz der Sowjetunion, gegen die Diktatur des Kapitals — die Diktatur des Proletariats! Kampfeswille beseelte die Versammelten, der Ausdruck fand in der gemeinsam gesungenen Internationale.

Frankfurt a. M.

Mitglieder und Freunde der SAP! Meldet euch zur Aufnahme in den Sozialistischen Schutzbund. Aufgabe des Schutzbundes ist es, einen Schutzwall gegen den Faschismus zu bilden. Er soll weiterhin die Organisations- und Propogandatruppe der Partei sein. Seine Mitglieder müssen auf Stempelstellen, in Betrieben und Versammlungen ständig agitieren und die Massen zum revolutionären Kampf erziehen. Diese Aufgabe stößt ständig auf den Widerstand der egoistischen Parteiapparate der SPD und KPD. Trotz alledem will die große Masse des Proletariats die Einheitsfront. Unser SchuBu soll kein Reichsbanner sein, dessen Mitglieder nur der Ausmärsche und der Uniform wegen Mitglied sind. Er muß die Gruppe der Partei sein, welche die Elite darstellt und die jeden Augenblick gerüstet ist. Dies alles ist nur durchzuführen, wenn sich jedes Mitglied der SAP zur Pflicht macht, Mitglied des Schutzbundes zu werden und außerdem bei jeder Gelegenheit werbend wirkt. Anmeldungen nimmt das Parteibüro entgegen.

Entlassungen bei der Ortskrankenkasse. Etwa sechzig Angestellte sollen bei der Ortskrankenkasse entlassen werden. Durch Einspruch des Versicherungsamtes ist eine Verkürzung der Arbeitszeit verhindert worden.

Preissenkungsbluff. Die großartig angekündigte Preissenkungsaktion entpuppt sich als viel Lärm um nichts. Das Brot hat man um ganze zwei Pfennig herabgesetzt. Die Preise für Textilwaren im Einzelhandel sollen nach den Bekundungen des Reichskommissars keine weiteren Herabsetzungen erfahren, denn in vielen Fällen käme der Verkaufspreis dem Wiederbeschaffungspreis gleich. Wenn das stimmt — weshalb redet der Herr Preiskommissar dann nicht mit den Grossisten und Fabrikanten Fraktur? Merkwürdig, wenn es um die Herabsetzung der Löhne geht, sind die Herren von der Regierung weit weniger zimperlich!

Ein Impfprozeß. Vor dem hiesigen Amtsgericht wurde gegen einen Impfgegner verhandelt. Dieser hatte, weil er seine Kinder nicht hatte impfen lassen, in der ersten Hälfte 1931 kurz hintereinander zwei Strafverfügungen erhalten und auch bezahlt, da sie sich noch in mäßiger Höhe hielten. Als ihm aber die Polizei im Oktober eine dritte Strafverfügung in Höhe von 50 RM. oder 5 Tagen Haft zuschickte, beantragte er gerichtliche Entscheidung. Vom Richter gefragt, warum er sich weigere, seine Kinder impfen zu lassen, antwortete er, er habe sich im Hinblick auf die amtlich zugestandenen Todesfälle an Impfgehirnentzündung aus letzter Zeit nicht zur Impfung entschließen können. Der Richter selber wies auf zwei Urteile des Berliner Kammergerichts hin, deren erstes vom 18. 12. 30 sich mit § 14, 2 und deren zweites vom 9. 11. 31 sich mit § 14, 1 des Impfgesetzes beschäftigt; da beide Urteile die mehrmalige Bestrafung innerhalb eines und desselben Kalenderjahres nach dem Impfgesetz für unzulässig erklären, könne die polizeiliche Strafverfügung nicht aufrecht erhalten werden. So erfolgte denn gemäß dem Antrage des Angeklagten sowohl als auch des Staatsanwaltes Freisprechung. Die Kosten des Prozesses wurden der Staatskasse auferlegt.

Ein 68 Jahre alter Sittlichkeitsverbrecher. M. Sch. ist ein 68jähriger, ehrwürdig wirkender Greis. Wegen Sittlichkeitsverbrechens hat er sich vor Gericht zu verantworten. Zwei kleine Mädchen hat er in seine Wohnung bestellt und sich an ihnen vergangen. Er ist kein Neuling auf diesem Gebiet. Schon 35 mal ist er wegen Sittlichkeitsdelikten vorbestraft. — Doch wie kommt es, daß Sch. immer auf sexuelle Abwege gerät? Er ist der Sohn eines Trinkers. Seine Mutter war nicht imstande, ihre Kinder richtig zu erziehen; sie hat insgesamt 18 Kinder zur Welt gebracht. Sch. war ein begabter Junge. Er sollte Lehrer werden. Als Hilfslehrer erfaßte ihn zum ersten Male der unselige Trieb. Er verführte ein minderjähriges Mädchen und kam deswegen ins Zuchthaus. Mit seiner Lehrerlaufbahn war es aus. Er wurde Buchhalter. Gleich seinem Vater fing er an zu trinken. Im Suff verging er sich beständig erneut an kleinen Mädchen. Er fiel von Stufe zu Stufe. Immer wieder wurde er wegen Sittlichkeitsvergehens verurteilt. — Der Gerichtsarzt stellte fest, daß Sch. ein erblich belasteter Sexualrauschiker ist. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. So rächen sich die Sünden der Väter.

Vorgeruch aus dem Dritten Reich

Das Schöffengericht in Offenburg (Baden) verhandelte gegen den Leiter der Reichsvermögensverwaltungsstelle in Kehl a. R., Gustav Kutzschbauch aus Merseburg, der in sieben Fällen der Amtsunterschlagung, der Untreue und des Betrugs angeklagt war.

Kutzschbach ist eine typische Erscheinung des wilhelminischen Militärbeamten und war vor und während der Kriegszeit Kasserneninspektor in Magdeburg und Straßburg. Die Republik schenkte auch ihm, wie den meisten preußischen Militärs, nachdem sie sich „auf den Boden der Tatsachen" gestellt hatten, gleich volles Vertrauen und machte ihn zum Reichsvermögensverwalter in Kehl, wo er, ebenfalls wie viele seiner monarchistischen Gesinnungsgenossen, sich als ein miserabler Sachwalter der Republik erwies, die durch die „Juden und Novemberlinge" an den Abgrund gebracht wurde, und zu deren Rettung einzig und allein Männer mit dem alten, ehrlichen, preußischen Beamtencharakter berufen sind.

Sehen wir uns diesen Typus in Kutzschbauch näher an.

Während der zehn Jahre Franzosenherrschaft in Kehl war er der Treuhänder für das Deutsche Reich und hat sich 3250 Mark Gelder der Vermögensverwaltung angeeigent,

angeblich, weil sie sein Privateigentum waren, da er als Vorschuß an Kehler Handwerker und Geschäftsleute diesen „aus seiner Tasche" vorgeschossen haben will. Diesen günstigen Stand seines Privatvermögens will er durch „Devisenerwerb" erzielt haben, den er sich von französischen Offizieren in deutsches Geld versilbern ließ. (Deutschamtlich war so etwas verboten.) Der Staatsanwalt bezeichnete auch sonst die Tätigkeit K.'s als eine „schmierige Amtsführung".

Rechnungen der Gewerbe- und Handwerktreibenden ließ er von diesen mit großen Ueberforderungen an das Reich ausstellen, und die Differenz mußten sie an ihn zurückzahlen.

Auch der französische Befehlshaber in Kehl stellte einmal diese Unredlichkeit der dortigen Unternehmer fest. Das hinderte K. nicht, seine miserable Buchführung als nicht besser möglich infolge des unvermeidlichen Geschäftsumfanges mit den schlampigen Franzosen zu bezeichnen. In seinem Nebenamt war dieser Reichsbeamte in der Stellung eines Finanzoberinspektors noch Interessenverwalter der Deutschen Bau- und Bodenbank Berlin, welche in Kehl großen Häuserbesitz hat. Für jede darin vermietete Wohnung — es sind hundert und etliche — bezieht er monatlich 0,50 M. Verwaltungsgeld. Auch hier ließ sich K. frisierte Handwerkerrechnungen ausstellen und die Mehrbeträge ausliefern.

Bei der Auflösung der Kehler Kasernen nach Abzug der Franzosen und des dabei erfolgten Verkaufes der Fahrnisse an die Stadt Kehl wusch sich der Treuhänder ebenfalls die Hände in diesem Geschäft.

Einen Teil der veruntreuten Gelder will er gerade noch abliefern, als er Wind von den polizeilichen Ermittlungen gegen ihn bekommt.

Der Staatsanwalt beantragt für die sieben Fälle eine Gesamtgefängnisstrafe von einem Jahr und elf Monaten.

Das Offenbacher Gericht verurteilt ihn wegen erschwerter Amtsunterschlagung, Betrugs, mehrfacher Untreue, einfacher Unterschlagung und unberechtigter Geschenkannahme zu einem Jahr Gefängnis abzüglich 24 Wochen Untersuchungshaft.

Die Geschenkannahme ist für uns besonders delikat.

K. hatte dem Naziführer von Kork bei Kehl unentgeltlich eine Berechtigungskarte zum Fischen ausgestellt, dafür legte jener ihm ein Paket mit Butter und Eiern auf den Amtstisch,

das K. unberührt wochenlang liegengelassen haben will. Das Gericht glaubte aber nicht an die ranzige Butter und die faulen Eier und verurteilte K.

Offenbach a. M.

Erste öffentliche Kundgebung des Antifa-Kartells. Am Freitag fand im Saal des Stadtgartens eine sehr gut besuchte Kundgebung des Antifa-Kartells (SAP, KPO und Syndikalisten) statt. Sie wurde durch einen eindrucksvollen Sprechchor der KPO-Jugend eingeleitet. Die Versammlung wurde von dem Versammlungsleiter mit der Feststellung eröffnet, daß in Offenbach schon zwei „Einheitsfronten" bestehen, von denen jede die allein wahre sein will. Die heutige Kundgebung solle ein Schritt zur wirklichen Einheitsfront ohne Unterschied der Parteien sein. — Als der erste Redner des Abends, Genosse Galm (KPO) das Wort erhalten sollte, versuchte die „Rote Einheitsfront" unter Berufung auf die Geschäftsordnung die Versammlung zu terrorisieren; sie verlangte, daß ein Redner der KPD vor den Rednern der Veranstalter sprechen solle, was aber die Versammlung mit großer Mehrheit ablehnte. Die großen „Revolutionäre" beruhigten sich schnell beim bloßen Anblick einiger Uniformierter. Genosse Galm nahm nun das Wort zu seinen Ausführungen und beleuchtete treffend die Einheitsfronttaktik der KPD, die durch ihr Verhalten das Eingreifen der Polizei herausfordere und nicht der Arbeiterklasse diene. Wir müßten ohne Rücksicht auf das Parteibuch zur Klasseneinheit kommen. Das Antifa-Kartell habe der KPD und SPD die Hand zur Mitarbeit geboten, sie sei aber von beiden Parteien ausgeschlagen worden. Es müßte trotzdem alles versucht werden, um die Stoßkraft der Arbeiterklasse zu erhöhen, damit es nicht nur zur kämpfenden, sondern auch zur denkenden Einheitsfront käme. Der zweite Redner, Genosse Schneider (Syndikalist) wies auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Klassenfront hin. Diese müsse gebildet werden selbst über die Köpfe der Führer hinweg. Er zeigte an einigen Beispielen, daß es sehr wohl möglich ist, eine Einheitsfront von SPD bis KPD zu bilden, wenn die Arbeiterschaft nur will, wie es schon auf den Dörfern um Dieburg der Fall ist. Schneider richtete den dringenden Appell an die Offenbacher Arbeiter, alles Trennende beiseite zu stellen, um auch hier zur wirklichen Einheitsfront zu kommen, zur Einheitsfront von unten. Als letzter Redner sprach Genosse Ohlhoff (SAP). Er zeigte den Mißbrauch mit der Demokratie zur Knebelung der Arbeiterklasse auf und befaßte sich mit der falschen SPD-Politik. Die sogenannte „Eiserne Front" berge die große Gefahr in sich, daß sie auch gegen links eingesetzt werden könne. Wir müßten daher die Arbeiterschaft aus dieser „eisernen" Ideologie loslösen, damit das Proletariat nicht noch einmal eine historische Stunde verpasse und sich gegenseitig zerfleische, statt gegen den gemeinsamen Klassenfeind zu kämpfen. Aber auch die Unklugheit der KPD-Politik verhindere die Einigung der Arbeiterklasse. Wir müßten lernen aus den Erfahrungen der Russen. Gen. Ohlhoff forderte auf, alles hervorzuheben, was uns eint, alles Trennende zurückzustellen, um in machtvollem Aufmarsch der Einheitsfront der Arbeiterklasse den Faschismus zu schlagen und den Sozialismus aufzurichten. Die Ausführungen der drei Redner wurden mit großem Beifall aufgenommen. Ein Sprechchor der KPO-Jugend beschloß die Kundgebung, die einen sehr guten Verlauf nahm. Den guten Eindruck verwischte auch nicht der Versuch der KPD am Schluß der Kundgebung, nochmals die Versammlung an sich zu reißen; sie fand kein Gehör mehr bei den Besuchern. Vielleicht merken sich die Arrangeure solcher Provokationen für die Zukunft, daß ihr Beginnen bei der denkenden Arbeiterschaft nicht verfängt, und daß es, wenn es ihnen ernst ist mit der Einheitsfront, notwendig ist, sich auch mit denen zu verständigen, die nicht das KPD-Parteibuch in der Tasche haben.

Ludwigshafen a. Rh.

Unsere Parteimitgliederversammlung erfuhr aus den geschäftlichen Mitteilungen, daß die Bewegung vorwärts geht. Dann nahmen wir den Vortrag des Genossen Meier, Mannheim, über „Staat und Revolution" entgegen. Besonderer Wert wurde auf die Herausstellung der großen Entwicklungslinien gelegt, die zum klassenlosen Staat hinweisen. — Dann kam Gegenwärtiges: Senkung der städtischen Tarife- und Gebühren. Ihre neueste Berechnung ist teilweise Glückssache, z. B. bei den um 0,5 Prozent „gesenkten" tiefbaulichen Gebühren. Im allgemeinen wird sich die zahlenmäßige Auswirkung für die Kleinverbraucher als eine leere Zeremonie erweisen, mit der einem geduldigen Publikum die Verheißungen vom Preisabbau kredenzt werden. Wir geben dem Oberbürgermeister recht: diese „Senkung" ist für den Kleinen so wirkungslos, daß es klüger gewesen wäre, man hätte darauf verzichtet und die 712 110 Mark, die durch sie der Stadt entgehen, zur wirkungsvollen Verbesserung der Wohlfahrtspflege verwendet. Besonders die SPD mußte diesen Schlaftrunk ihren Kleinbürgern servieren, damit sie im Halbdämmer guten Glaubens an den Segen der Tolerierungspolitik bleiben. Hier zeigte sich wieder, wie verfilzt die SPD mit den bürgerlichen Parteien, von den Nazis bis zum christlichen Volksdienst, ist. Wie wirkt diese famose Senkung? Beispiel: Gas. Im Großverbrauch kostet jetzt ein cbm 7½ Pfg. Die Kleinen und Kleinsten haben davon nichts, sie kaufen Gasmarken; einzelnes Stück jetzt 14 Pfg., liefert 666 l Gas, 1000 l kosten dann 21 Pfg., d. i. genau der bisherige Preis des Haushaltsgases ohne Marke, das jetzt auf 19½ Pfg. gesenkt wurde. Der Kleinverbraucher profitiert also von der Senkung nichts; was nützt es ihm, wenn der Großabnehmer für die gleiche Menge nur den dritten Teil zahlen muß = 7½ Pfg.! Wirkungslos ermäßigt für den Kleinverbraucher wurden auch die Preise für Wasser 1 Pfg., elektr. Strom 2½ Pfg, während auch hier dem Großabnehmer Sonderpreise zugestanden wurden. Wie es sich mit der Verbilligung der Messermieten rechnerisch verhält, ist weder aus den Verhandlungen, noch aus der bürgermeister-amtlichen Bekanntmachung ersichtlich, obwohl es gerade in diesem Punkte des Dazwischentretens der Arbeitervertreter zur Erreichung der Klarheit bedurft hätte. Die Gebrauchstüchtigkeit eines Zählers kann man auf gut 10 Jahre schätzen; der Anschaffungswert ist je nach Größe 12—30 Mark. Durch die Miete ist er in 2—3 Jahren bezahlt, so daß er im Laufe seiner Lebensdauer 3— 5mal vom Mieter bezahlt wird, ohne daß dieser je ein Eigentumsrecht daran erwirbt. Von besonderem Reiz war das Spiel der SPD bei der Beratung der Schlachthofgebühren. Da meinten die von der „Eisenfront": Wir machen die Feststellung, daß die große Belastung der Fleischverbraucher nicht von den Schlachthofgebühren, sondern in der Hauptsache von der staatlichen Schlachtsteuer verursacht wird; darauf hat der Stadtrat aber keinen Einfluß." Aber die SPD stützt die arbeiterfeindliche Regierung Held, und hier in Ludwigshafen, wo man unter der Kontrolle der Verbraucher Farbe bekennen muß, hier klügelt man eine raffinierte Regie aus und schüttelt die Münchener Sünden ab. Es bleibt aber Tatsache, daß der Gewerkschaftssekretär, Stadtrat, Landtagsabgeordneter usw. Fischer aus Ludwigshafen zweimal für die Schlachtsteuer im bayerischen Landtag gestimmt hat, zuletzt am 29. Januar 1932 mit der Bayerischen Volkspartei, den übelsten Reaktionären und Hitlerschützern! Wem von den Verführten ist bekannt, daß der durch die SPD-„Staatsmänner" à la Fischer, Endres und Konsorten herbeigeführte Beschluß es ermöglichte, die Schlachtsteuer in doppelter Höhe einzutreiben, der Arbeiterschaft damit eine indirekte Steuer aufzuladen, die dem Staat 20 Millionen bringt, demselben Staat, der 21½ Millionen freiwillig jedes Jahr an die Kirchen gibt? Nach dieser Parlamentsleistung im Stadtrat solch ein Spiel zu spielen, ist ein Manöver unglaublicher Demagogie. Folgende Entschließung fand Annahme: „1. Die Mitgliederversammlung der SAP mißbilligt schärfstens die Senkung der städtischen Tarife und Gebühren in der vom Stadtrat am 25. 1. 32 beschlossenen Form; denn sie bringt dem Kleinverbraucher kaum merkliche Entlastung, während sie für den Großabnehmer wie ein Geschenk der Stadt wirkt, dessen Höhe angesichts der Arbeitslosigkeit und der angespannten städtischen Finanzen die Fortführung der Wohlfahrtspflege gefährdet. 2. Sie läßt deutlich die Absichten der Notverordnungspolitik erkennen, alle Lasten auf die wirtschaftlich Schwächsten abzuwälzen. Sie erfüllt in keiner Weise die von der Reichsregierung gemachten Versprechungen, nimmt keine Rücksicht auf die verminderte Kaufkraft des Lohnes und bestätigt und verschärft so den Lohnraub der Notverordnungen. Wir protestieren gegen diese Form der Gemeindepolitik, für deren Gestaltung wir in erster Linie die Sozialdemokratische Partei verantwortlich machen".

Organisationsnachrichten

SAP Dortmund-Süd: Freitag, 12. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Metallarbeiterheim, Töllner Straße. Genosse Bangel, Hagen, spricht über „Unsere Stellung zur Reparationsfrage". Neue Mitglieder einladen!

SAP Offenbach a. M.: Freitag, 12. 2., Mitgliederversammlung, 20 Uhr, bei B. Graf, Rohrstr. 5. Thema: Unsere Stellung zur Reichspräsidentenwahl. Referent: Gg. Stierle, Frankfurt.

Arbeiter-Sport vom Sonntag

Adler und Eintracht siegen weiter

Das war nicht schön von „Wedding“

In der Kreisklasse kamen nur Freundschaftsspiele zur Austragung.

Adler 08—Vorwärts Wedding 3 : 2 (2 : 1)

Adler trat nur mit 9 Mann an, war aber trotzdem den Weddingern überlegen. Durch das laute Verhalten der Weddinger erfuhr das Spiel einen häßlichen Abschluß. Als kurz vor dem Abpfiff ein Adler zugesprochenes Tor zu Reibereien Anlaß gab und der Schiri keine Einigung herbeiführen konnte, brachen die Weddinger kurzerhand das Spiel ab.

Eintracht Reinickendorf—Eiche Köpenick 4 : 1 (3 : 1)

Der neue Abteilungsmeister konnte in diesem Spiel wieder einmal seine Meisterleistungen zur Schau tragen. Immer den Köpenickern überlegen, gewannen sie verdient mit 4:1.

FS. Pankow—Normannia Lichtenberg 1 : 1 (1 : 1)

Das hätte sich Pankow nicht träumen lassen, daß sie mit einem Unentschieden den Platz würden verlassen müssen. In der ersten Spielhälfte war ein vollkommen gleicher Kampf. In der zweiten Spielhälfte beherrschten die Pankower den Platz, konnten aber wegen schlechter Stürmerleistungen zu keinem Erfolg kommen.

Weißensee—Union 28 Tempelhof 3 : 3 (3 : 2)

Saxonia I—Nowawes I 3 : 3 (3 : 1).

S. führte vor Halbzeit ein sauberes, technisches Spiel vor und erreichte durch Halblinks auch den Führungstreffer, den N. aber gleich darauf ausgleicht. Ein Strafstoß und ein Tor des Mittelstürmers bringen S. bis zur Halbzeit die 3:1-Führung. N. stellt um und ist in der zweiten Halbzeit die tonangebende Partei, während S. stark nachläßt. N. holt durch einen guten Schuß des Hl. auf, und 2 Minuten vor Schluß rutschte dem S.-Torwächter ein Scharfschuß aus den Händen und rollte ins Tor.

Saxonia II—Nowawes II 3 : 1 (3 : 1).

S. war verdienter Sieger, denn meistenteils spielte sich das Spiel in N.s Spielhäfte ab. Nur die gute Verteidigung, Torwächter und Mittelläufer verhinderten eine höhere Niederlage. S. ging durch zwei Tore des Hr. in Führung. Dann holte N. durch den Mittelsturm ein Tor auf. Bei einer Drängelei vor dem N.-Tor sprang der Ball dem Torwächter aus der Hand, und schon hieß es 3 : 1. In der zweiten Halbzeit wurde von beiden Seiten ein lustloses Spiel gezeigt.

Bezirksspiele

2. Bezirk: Adler 08 II—Vorwärts Wedding II 5 : 4 (3 : 1). Eintracht-Reinickendorf II—Freie Scholle II 3 : 3 (2 : 0). Pankow II—Normannia-Lichtenberg II 1 : 3 (1 : 1). Auch die bisher ungeschlagenen Pankower mußten sich von den schnelleren Normannen verdient geschlagen bekennen. Adler 08 III—Vorwärts-Wedding III 4 : 2 (2 : 1); Adler 08 Schuler—Eintracht-Reinickendorf 2 : 3.

Hockey-Serienkämpfe

Die Serienspiele brachten durch äußerst knappe Gewinne die erwarteten Siege. So konnte in der Gruppe A sich Tennis Rot I gegen den Arbeitersportverein Rot-Weiß durch einen Sieg von 1:0 an die Spitze der Gruppe setzen. Aller Voraussicht nach dürfte ihnen die Gruppenmeisterschaft nicht mehr zu nehmen sein. Der Sportverein Moabit I konnte im Spiel gegen den Verein für Leibesübungen Ostring II nur ein unentschiedenes 2:2 erkämpfen. Ostring I und Volkssport Neukölln I lieferten sich bei völlig verteiltem Spiel ebenfalls ein Unentschieden 0:0.

Weitere Resultate: Tennis Rot II gegen Bernau 3:2, SV. Moabit II gegen ASV. Schöneberg I 2:1, SV. Moabit III gegen VFL. Ostring III 1:0, Tennis Rot IV gegen Rot-Weiß III 2:1, Tennis Rot III gegen ASV. Wedding II 2:0. **Frauen:** ASV. Rot-Weiß gegen Volkssport Neukölln 3:0, VFL. Ostring gegen Tennis Rot II 3:0.

Berliner Handball

Velten verhindert den Abstieg

Auf den Handballfeldern herrschte am Sonntag reger Spielbetrieb. In der Kreisklasse waren zwei Treffen angesetzt. In der Abteilung A spielte in Velten Volkssport Wedding III gegen die dortige Freie Turnerschaft. Velten kämpfte mit aller Kraft gegen den Abstieg. Wedding III mußte die beiden Punkte dem Veltener überlassen, obwohl das Spiel zur Pause 1:1 stand. Erst kurz vor dem Schlußpfiff fiel das 4. Tor für Velten, dem Wedding III nur 3 Tore entgegensetzen konnte.

In der Abteilung B setzte FTGB. Süden seine Siegesserie weiter vor. Volkssport Wedding II mußte sich mit 5:2 Halbzeit 4:2 geschlagen geben. Besonders zeigte der Weddingsturm nach der Pause blitzschnelle Durchbrüche. Hatte die Süden-Verteidigung nicht erfolgreiche Abwehrarbeit geleistet, so wäre es bald anders gekommen, da der Sturm Ruhe und Ueberlegung verloren hatte.

Aus den Bezirken:

Osten: Eintracht-Mahlsdorf II—VSV-Strausberg 6 : 9 (2 : 5). **FTGB:** Baumschulenweg FTGB-Stralau 8 : 7 (2 : 6). **Norden:** FSV-Tegel FTGB-Rosenthal 6 : 1 (2 : 1), FTG-Buch gegen FTGB-Nordring II 2 : 3 (0 : 1), TSV-Pankow—FTGB-Nordost II 0 : 3 (0 : 1). **Westen:** Freiheit-Nauen—Turnerschaft Brandenburg I 3 : 6 (2 : 1). **Süden:** FTGB-Süden III—ZTA 8 : 1 (4 : 1), ASV Schöneberg III—Freie Schwimmer-Zehlendorf II 8 : 2 (3 : 2), Berlin XII II—TSV-Kaulsdorf I 10 (0 : 8), ASV-Schöneberg, Schwimmer II gegen Falke-Charlottenburg 2 : 11 (0 : 0), ASV-Schöneberg-Schwimmer—Freie Schwimmer-Zehlendorf 4 : 3 (3 : 2)

Charlottenburg, die beste Wasserballmannschaft

Hellas gegen Union 8 : 5 (4 : 2)

Hellas trat mit Ersatz an, lieferte trotzdem ein gutes Spiel. Union war besonders am Schluß des Spieles in der Abwehr erfolgreich und konnte viele gefährliche Hellas-Angriffe abwenden. Im großen und ganzen war Hellas dank seiner schnelleren Schwimm- und Balltechnik überlegen.

Charlottenburg gegen Spandau 15 : 2

Die Charlottenburger waren auch in diesem Spiel die übererwarten überlegene Partie. Spandau trat außerdem mit Ersatzleuten an. Die erheblich bessere Schwimm- und Balltechnik der Spitzenmannschaft tat ein Uebriges, um das hohe Resultat zu erzielen. Trotz der wenigen Chancen gelang es den Spandauern, zwei mutige Gegentore zu erzielen. Der Spielverlauf selbst lag völlig in den Händen der Charlottenburger.

Eiche-Hindenburg Schlesischer Meister

Hartgefrorener Boden ließ leider keine volle technische Entwicklung der Mannschaften zu. Der Görlitzer Bezirksmeister Jahn Penzig hatte trotzdem zahlreichen Tormöglichkeiten, die sein Sturm durch unentschlossenes Handeln nicht auszunutzen verstand. Der oberschlesische Meister Hindenburg kam nur durch die Verwandlung eines Elfmeters wegen Handspiel — zu einem Erfolg, so daß auch der 1 : 0-Sieg nicht überzeugend ist.

BSV 19 Hamburg schlägt JSV. Lübeck 5 : 1 (2 : 0)

im Fußball um die Kreismeisterschaft in Hamburg

Wie vorauszusehen war, gewann BSV 19 das Spiel sicher. BSV. 19 mußte diesmal mit zwei Ersatzspielern für den Mittelläufer und Linksaußen antreten, wobei der Linksaußen sich nicht so gut bewährte. Lübecks Mannschaft war sehr eifrig und fair und hinterließ einen guten Eindruck, besonders die Hintermannschaft, die dazu beitrug, daß dieses Resultat nicht höher ausfiel. Von BSV. 19 fiel der linke Verteidiger durch sein unfaires Spiel auf, wodurch zwei Elfmeter für Lübeck verursacht wurden, von denen der erste verwandelt und der zweite vom Torwart prächtig gehalten wurde.

Das Spiel fing gleich flott an, und es wurden gefährliche Angriffe von BSV 19 vor Lübecks Tor gebracht, wo sich aber die Hintermannschaft sehr gut bewährte. Nach 20 Minuten bekam BSV. 19 einen Elfmeter zugesprochen, der verwandelt wurde. 10 Minuten darauf wurde durch eine gute Vorlage des Linksaußen vom Halbrechten das zweite Tor geschossen. Mit diesem Resultat ging es in die Halbzeit. Lübecks Mannschaft riß sich jetzt zusammen und spielte sehr eifrig. Ein zweiter Elfmeter wurde verwandelt BSV. 19 schoß aber noch drei Tore zu, wober ein Elfmeter war. Der Schiedsrichter von Wismar war sehr gut.

Vorher fand ein Jugendspiel VfL. 05—Bergedorf statt, das VfL. 4 : 2 gewann.

Hildesheim 18 in Nordwestdeutschland Endspielgegner

Die in der Südgruppe von Anfang in Führung gelegene Fichtemannschaft Bielefeld verlor im Schlußspiel um die Gruppenmeisterschaft gegen Hildesheim 1 : 3. Hildesheim und Bremen-Blumenthal (Nordgruppenmeister) bestreiten nun das Endspiel um die Nordwestdeutsche Meisterschaft.

In Hessen-Mittelrhein wieder Gleichstand

Das Spiel der beiden Provinzvertreter Naunheim und Egelsbach endete 5 : 2 (2 : 1). Dadurch führen beide wieder punktgleich. Die zwei Frankfurter Meister Bockenheim und Bornheim spielte 3 : 3 und haben dadurch den Provinzlern einen noch weiteren Vorsprung überlassen.

Handball-Meisterschaft von Hessen-Mittelrhein

Durch den 3 : 1-Sieg von Oberroden über Darmstadt sind beide Mannschaften und Frankfurt-Bockenheim punktgleich geworden. Neue Spiele müssen angesetzt werden.

Vor der Entscheidung in Sachsen

Leipzig-Süd siegt 5 : 1 über Riesa im Vorspiel um die Fußballmeisterschaft

Vor reichlich 2000 Zuschauern lieferten sich beide einen flotten Kampf. Riesa erreichte seine früheren Leistungen nicht; durch das flache Spiel der Leipziger kam es aus dem Konzept. Leipzig war in Hochform und technisch stark überlegen. Den Hauptanteil am Siege hatte die Läuferreihe, die präzis im Aufbau- und Zerstörungsspiel arbeitete. Auch die Hintermannschaft war auf dem Posten. Allerdings hatte sie durch die lustlos vorgetragenen Angriffe der Riesaer auch leichtes Arbeiten. Das Spiel hinterließ den besten Eindruck.

Am kommenden Sonntag stehen sich nun in Leipzig im Schlußspiel **Niederhaßlau** und **Leipzig-Südwest** gegenüber. Beide sind sich technisch gleichwertig, doch dürfte hier Leipzigs Läuferreihe, falls sie an die Leistungen des Vorsonntags anknüpft, den Ausschlag geben. Für Leipzig genügt bereits ein Unentschieden, während Niederhaßlau einen Sieg herausholen muß, um zu Meisterlorbeeren zu gelangen.

Wir berichten über das Spiel. kzd.

Ergebnisse in Sachsen

Fußball

Bezirk Dresden: Friedrichstadt—Heidenau 1:2; Kleinnaundorf—Eintracht 2:6; Birkigt—DBV. 15 3:2; Meißen—09 8:0; Zschachwitz—Heidenau 3:2 Cotta—Radebeul 4:3; Lobtau—Helios 4:3; Potschappel—Pieschen 5:0, Radeberg—Kamenz 6:3; 1185—DSV 5:0; Bannewitz—Klotzsche 2:5; Sornewitz—Goltzscha bei Riesa 6:3.

Bezirk Leipzig: Amateure—Vorwärts-West 3:0; Pegau geg. Großzschocher 3:1; Preußen—Schönefeld 2:1; VfL. Südost—Fußballring 1:1; Wurzen—Frischauf-Paunsdorf 3:2; Engelsdorf—ASK. Grimma 1 : 0.

Bezirk Zwickau: Reinsdorf—Reichenbach 6:2; Zwickau-Süd—Crimmitschau 5:1, Oberhohndorf—Ponitz 3:2; Vielau—Marienthal 16:1; Wilkau—Neukirchen 4:2; Netzschkau—Zeulenroda 10:1, Werdau—Cainsdorf 1:1; Hartensdorf—Zwickau-Nord 2:1; Ebersbrunn—Steinpleis 2:1.

Bezirk Chemnitz: Konkordia—Vorwärts 1:2; Frankenberg—Oschatz 4:0; Rapid—Wacker 11 2:5; Einsiedel—Neukirchen 1:1; Wacker-Auerswalde—Hainichen 1:2; Pfeil—Friesen 2:3; Lichtenstein—Adorf 2:2; Mittelbach—Sportlust 08 5:0.

Bezirk Burgstädt-Limbach: Taura—Jahn-Mittweida 3:5; Burgstädt—Sachsen-Chemnitz 2:3.

Nun auch der Bundesvorstand …

Das Berliner Beispiel hat bei den höchsten Instanzen Schule gemacht. Auch der Bundesvorstand hat nun in seiner Sonntagssitzung eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: **Der Bundesvortand verpflichtet die Bundesmitglieder, sich aktiv in die Eiserne Front einzureihen und Leib und Leben einzusetzen . . .“** usw. Wir werden zu diesem bedauerlichen Beschluß morgen Stellung nehmen.

32. Turntag in Südwestsachsen

Auf historischem Boden in der alten Industrie- und Arbeiterstadt Crimmitschau hielt der 6. Turnbezirk des 4. Kreises im Arbeiter-Turn und Sportbund am Sonntag seinen 32. ordentlichen Bezirksturntag ab. Im neuerbauten Eigenheim des Turnvereins Crimmitschau eröffnet der Bez.-Vors Gen Wolf die Tagung, nachdem die Kapelle des Turnvereins Cr. einige Musikstücke intoniert hatte. Nachdem einige geschäftliche Angelegenheiten geregelt waren, ergreift Gen. Wolf das Wort zu seinem Geschäftsbericht Auch im verflossenen Kriseniahre hatte der Bezirk riesige Arbeit zu leisten. Die Staatszuschüsse, die bisher jährlich geleistet worden sind, fallen ab 1932 weg. Also trotz schwerer Wirtschaftskrisis eine weitere Belastung des Bezirks und damit der Vereine. In treffenden Worten kennzeichnete er die Oppo, die sogenannte „Rot-Sport“-Bewegung Durch die Parteispaltung SPD—SAP dürfe die Einheit der Sportorganisationen nicht berührt werden. Zur Frage der Arbeitsdienstpflicht erklärte er den ablehnenden Standpunkt des Bezirks und die Anlehnung an die herausgegebenen Richtlinien der Gewerkschaften

Der Bezirkskassierer Gen. Lahr brachte in seinem Kassenbericht, der wie alle Berichte gedruckt vorlag, zum Ausdruck, daß trotz der wirtschaftlichen Notzeit der Bezirk auch finanziell beachtlich dasteht Die Bezirkskasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 7955,35 M. und hat einen Bestand von 1423,12 M. An Bezirksvermögen sind vorhanden 2775,47 M.

Von der Mandatsprüfungskommission berichtete Gen. Hacke. Anwesend waren von 75 Vereinen 96 Vertreter, davon 92 Turner und 4 Turnerinnen, außerdem 16 Bezirks Kreis- und Gruppenvertreter.

In der anschließenden Aussprache, in der 18 Delegierte das Wort erbaten, wurden die Berichte ausgiebig kritisiert. Es muß festgestellt werden, daß sich die Kritik durchaus im Rahmen der Sachlichkeit, im Interesse der Turn- und Sportbewegung bewegte In der Frage der Parteispaltung wurde von den meisten Rednern die Meinung vertreten daß sich Debatten politischer Art in diesem Punkt in den Vereinen nicht vermeiden lassen Doch solle man in erster Linie die Einheit des Bundes, die Einheit und Geschlossenheit der gesamten Arbeiter-Turn- und Sportbewegung in den Vordergrund rücken. Ein Antrag zur Frage Arbeitsdienstpflicht, welcher besagt, daß alle Vereine sich vorher mit der Leitung des Org.-Bez. in Verbindung zu setzen haben wurde angenommen. Der Antrag auf Beitragsherabsetzung wurde mit Mehrheit abgelehnt. Zu Punkt Bezirkstag aller Sparten wurde ein Antrag einstimmig angenommen, nach welchem die Delegationskosten zu dieser Tagung der Organisationsbezirk übernimmt.

Den vom techn Ausschuß aufgestellten Jahresplan nahm man mit einer kleinen Aenderung an. Die Abhaltung eines Bezirksfestes aller Sparten wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Einstimmig wurde die gesamte geschäftliche und techn Leitung wiedergewählt.

Organisationsnachrichten

Deutsche Friedensgesellschaft, Bezirk Nordwest: Donnerstag, 11. Februar, 20 Uhr, Arminius-Festsäle, Bremer Straße 72/73. Friedrich Kayser, Schwerte (Ruhr), spricht über: „Deutschland auf der Abrustungskonferenz“ Gäste willkommen

SAP

Bezirksverband Berlin: Afa-Mitglieder. Dienstag, 9. 2., 20 Uhr, Vogels Festsale, Bruckenstr. 2. **Vollzähliges** Erscheinen erforderlich. Partei- und Gewerkschaftsbuch sind vorzuzeigen

Bezirksverband Berlin: Mittwoch, 10. 2., Sitzung des engeren Bezirksvorstandes, 18 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34.

Ortsgruppe Zehlendorf: M.-V. Mittwoch, 10. 2., 20 Uhr, im Lokal Schnorre, Potsdamer Str. 2. Ref.: Gen. Schaber. Thema: Reparationsfragen. Gäste mitbringen.

Ortsgruppe Tiergarten: M.-V. Mittwoch, 10. 2., 20 Uhr, im Lokal Parkrestaurant Turmstraße 18.

Ortsgruppe Spandau: M.-V Mittwoch, 10. 2., 20 Uhr, im Lokal Nordpol, Lutherstraße 3. Ref.: Gen. D. Fabian.

Ortsgruppe Köpenick: M.-V. Mittwoch, 10. 2. 20 Uhr, im Lokal Augustin, Rosenstraße 10, Ecke Kirchstraße. Ref.: Gen Brechenmacher. Thema: Eiserne Front oder Rote Einheitsfront?

Ortsgruppe Lichtenberg: M.-V. Mittwoch, 10. 2., 19½ Uhr, im Lokal Günther. Gürtelstr 10, Ecke Dossestraße. Ref.: Gen. Dr. Fr. Lewy. — **Abtlg. Mahlsdorf** beteiligt sich an der M.-V. der Ortsgruppe Lichtenberg.

Ortsgruppe Charlottenburg, Abtlg. Ost: Donnerstag, 11. 2., im Lokal Thunack, Wielandstr 4. Thema: Proletarische Außenpolitik. Ref.: Gen. Dr. Kleineibst. Korreferent. Gen. Ziege. — **Erwerbslosen-Zusammenkunft:** Mittwoch, 10. 2., 12 Uhr, im Lokal Zippel, Kirchstraße, Ecke Grünstraße.

Ortsgruppe Friedrichshain, 3. Abtlg.: Mittwoch, 10. 2., 20 Uhr, Lokal Friebel, Stralauer Allee 31, Ecke Hohenlohestraße. — **5. Abtlg.:** Lokal Jeschke, Tilsiter Straße 79.

Ortsgruppe Schöneberg: M.-V. Mittwoch, 10. 2., 20 Uhr, im Lokal Geil, Merseburger Str. 7. Ref.: Gen. Gostomski. (Die Februarbeiträge sind fällig.)

Ortsgruppe Wedding: Mittwoch, 10. 2., 20 Uhr, Abteilungsversammlungen (Zahlabende) bei: Hentschel, Garten- Ecke Liesenstraße; Dietrich, Buttmannstr. 5, und Nixdorf, Kameruner Ecke Lüderitzstraße. **Ueberall** wichtige Tagesordnung.

SAP Bläserchor: Uebungsstunde jeden Donnerstag, 20 Uhr, in der Wühlischklause, Wühlischstraße 36. Musikkundige Genossen und Sympathisierende willkommen.

Ortsgruppe Kreuzberg: Dienstag, 9. 2., Funktionärsitzung bei Siewert, Böckstr. 8. — Mittwoch, 10. 2., 19.30 Uhr, Abteilungsversammlungen: Abtlg. 2 bei Wendt, Arndtstraße 15: Abtlg. 3 im Kottbusser Krug, Kottbusser Straße 15; Abtlg. 4 Lokal Gitschiner Str. 88. — Donnerstag, 11. 2., Abtlg. 1 bei Loock, Schönleinstr. 6.

SJV

Heute, Dienstag, 9. Februar, 19.30 Uhr:

Balkan „Hugo Haase“: Sexuelle Fragen, I.
Charlottenburg „Karl Liebknecht“: Tagespolitik.
Friedrichshain „Rosa Luxemburg“: Die englische Arbeiterpartei.
Mitte „Rote Pioniere“: Tagespolitik.
Mariendorf „Rote Pioniere“: Arbeitsgemeinschaft.
Neukölln I: Arbeitsgemeinschaft.
Neukölln II: Arbeitsgemeinschaft.
Neukölln III: Arbeitsgemeinschaft.
Neukölln IV „Britz“: Arbeitsgemeinschaft.
Pankow „Erste Reihe“: Die Gewerkschaften.
Stralau „Friedrich Engels“: Die russische Arbeiterbewegung.
Schönhauser Viertel „Paul Levi“: Programm der NSDAP.
Schöneberg-Friedenau: Was ist Demokratie?
Süd-Ost „Jean Jaures“: 10-Minuten-Referate. Arbeiterführer.
Tempelhof „Junge Kämpfer“: Bürgerlicher und Arbeitersport.
Westen „Lenin“: Tagespolitik.
Westend: Tagespolitik.
Weißensee „Karl Marx“: Die Frau in der Gesellschaft.
Wilmersdorf: Schulungskursus. Einführung in den Marxismus.

Arbeitslosenstaffel Groß-Berlin: Mittwoch. Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen. Ab 14 Uhr Arbeitsgemeinschaft: **„Strategie und Taktik des prol. Klassenkampfes.**

Die „Roten Falken“:

Baltenplatz „Matteotti“: Heim Tilsiter Str. 4/5.
Mitte „Rote Pioniere“: Heim, Elisabethkirchstr. 18.
Schönhauser Viertel „Paul Levi“: Heim, Sonnenburger Straße 20.
Stralau „Rote Falken“: Heim, Goßlerstraße 61.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Roland Beutner; für Inserate Johannes Hoffmann. Verlag Sichel Zeitungs-Verlagsges m b H Druck Georg Koenig sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr 15/16. SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27. Magazinstraße 15/16. **Tel.:** Kupfergraben E 2 2904

Verlag und Expedition: Berlin O 27. Magazinstr 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld Durch die Post bezogen: RM 2 10 und RM —36 Zustellgebühr Durch den Verlag bezogen RM 2.10 und RM —36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2 10 monatlich zuzüglich RM 1 30 Porto

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete

Alle Zahlungen sind zu leisten an „Sichel Zeitungs-Verlagsges m b H“, Berlin O 27 Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr 153 928.

Volksbühne
Theat. a. Bülowpl.
D1 Norden 294
Dienstag 8 Uhr:
Der Gefangene
Mittwoch 8 Uhr:
Liliom
mit
Hans Albers

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Dienstag 8.15 Uhr:
Mittwoch 6 u. 9 Uhr
Der Bettelstudent

Wie kommen wir zum Sozialismus?

Diese Frage behandelt Max Adler (Wien) in der soeben herausgekommenen

neuesten Nummer des „Klassenkampf“

Die Nummer enthält außerdem einen Beitrag über **„Die Organisation der KPD“, „Vorschläge über unsere Arbeit unter den Erwerbslosen“ und „Beiträge zur Diskussion über das Räte- und Währungsproblem“.**

Der **„Klassenkampf“** ist das theoretische Diskussionsorgan der SAP

Jeder Parteigenosse muß es lesen!
Es muß hinein in die Massen!

Der **„Klassenkampf“** kostet monatl. 45 Pf., vierteljährl 1.35 RM. Bestellungen an unsere Vertriebsobleute in den Ortsgruppenleitungen oder direkt an die

Freie Verlagsgesellschaft m. b. H., Bln.-Tempelhof Hohenzollernkorso 67

Turnverein Freie Turnerschaft Mylau i. V.

Wir laden hierdurch alle unsere Mitglieder zu der am **Freitag, dem 12. Februar,** in der **Turnhalle** stattfindenden

Feier des 29 jährig. Vereins-Bestehens

freundlichst ein.

Konzert der gesamten Mylauer Orchesterschule. Nachdem **Ball.** Beginn pünktlichst 8 Uhr

Frei Heil! **Der Turnrat.**

Genossinnen! Genossen!

Geschäftsleute

die

Eure Kundschaft wünschen, inserieren in der „SAZ“

Also beachtet stets unsere Anzeigen und kauft nur bei unseren Inserenten!!

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch ____________ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: ____________

Wohnort: ____________

Straße: ____________

monatlich . . . 2.40 RM. inkl. Bestellgeb
wöchentlich . . 0,60 RM. inkl. Bestellgeb.
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellungsgebühr

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke inn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m.b.H. Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Stärkt unsern Pressefonds!

Blutige Perspektiven

Von Will Schaber

Der Kriegsbrand im Fernen Osten, so verheerend er sich für das chinesische Volk auswirkt, hat wenigstens ein positives Resultat: er enthüllt das Illusionäre und Abwegige aller Hoffnungen, die — teilweise auch noch in Kreisen des Proletariats — in die Funktion bürgerlicher Friedenspakte und internationaler Abmachungen gesetzt wurden. Die Satzungen des kapitalistischen Völkerbundes, die feierlich ratifizierten Kellogg-Thesen, alle Friedenstiraden, die man je an den Genfer grünen Tischen deklamiert hatte, waren mit einem Schlage vergessen, und die Wirklichkeit des Kapitalismus trat in ihre Rechte. Und diese Wirklichkeit heißt: Zwang zum Imperialismus, Zwang zum imperialistischen Kriege! Es ist ein ehernes Gesetz der kapitalistischen Entwicklung, eine unausweichliche Folge der Dialektik, die der heutigen Wirtschaftsordnung innewohnt.

Selbst der beste subjektive Einzelwille wäre gegenüber einer solchen Macht zur Ohnmacht verurteilt.

Selbst wenn man den französischen Autoren des Vorschlags einer „Völkerbundsexekutive", einer „internationalen Polizeitruppe zur Verhütung des Krieges" den ernsthaften Willen zugestehen wollte, alle kriegerischen Möglichkeiten aus der Welt zu tilgen, selbst wenn Herr Tardieu ein überzeugter Anhänger des Pazifismus wäre, selbst wenn alle derzeitigen Diplomaten der bürgerlichen Welt in dem persönlichen Willen zur Vermeidung des Völkermordens einig wären — selbst dann bliebe das Werkzeug ein untaugliches. Selbst dann würde die Völkerbundsarmee mit Notwendigkeit zu einem Instrument des Imperialismus werden, selbst dann würde sie nicht ein Instrument des Friedens, sondern des Krieges, der blutigen kapitalistischen Raubgelüste sein.

Die Innergesetzlichkeit des Kapitalismus hat den letzten Weltkrieg entfacht. Sie hat zwangsläufig zu dem vierjährigen großen Selbstvernichtungsprozeß geführt, sie hat auf Grund ihrer eigenen Logik die Kapitalistenklasse zu dem Bestreben geleitet, das imperialistische Terrain neu aufzuteilen. Damals aber befand sich der Weltkapitalismus noch in seiner aufsteigenden Phase. Heute ist er auf der ganzen Linie von einer Krise erfaßt, die nicht nur in ihrer Wucht und ihrem Tempo ohne Beispiel ist, sondern die sich in ihrem Gesamtcharakter von allen bisherigen Krisen grundlegend unterscheidet: es ist eine Totalkrise des Systems — die Totalkrise eines Systems, das seinen Höhepunkt überschritten hat und nun immer rasender in den Abgrund treiben muß.

Im Zeichen dieser Fahrt in Chaos und Verderben stehen wir heute. Die politisch-diplomatischen Differenzen wachsen im selben Maß wie die Wirtschaftskrise. Eine Welle des Nationalismus wälzt sich nicht nur über Deutschland, sondern über alle anderen kapitalistischen Nationen. Man empfiehlt den Völkern erneut das Krisenventil des Krieges, weil alle anderen Rezepte des Kapitalismus — selbst das Diktat der Hungerlöhne für das Proletariat — auf die Dauer nicht ausreichen. Und es ist unbestreitbar, daß der Kurs dabei in erster Linie sich gegen die Sowjetunion konzentriert, die nicht nur durch ihren grandiosen Aufbau das ideologische Gefüge des Weltkapitalismus tagtäglich mehr unterhöhlt, sondern die vor allem infolge ihrer gewaltigen räumlichen Ausdehnung, ihres fast unerschöpflichen natürlichen Reichtums und ihrer weiteren innerwirtschaftlichen Ausbaumöglichkeiten als eine lockende Beute für den Expansionsdrang der kapitalistischen Staaten erscheinen muß. Daher die gesteigerte antibolschewistische Kampagne in allen Ländern; daher die fieberhafte Arbeit der Kirchen und Radiosender gegen Rußland; daher die Predigt des „liberalen" und „weltmännischen" Coudenhove-Kalergi, man müsse die „europäische Kultur" gegen die rote Invasion verteidigen. Mag der Gedanke eines großen kapitalistischen Krieges gegen die Sowjetunion zeitweilig scheinbar peripher liegen, mögen die Differenzen innerhalb der einzelnen kapitalistischen Staaten selbst einen solchen Feldzug verhindern — die Frontstellung bleibt, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Front ein militaristisches Gesicht gewinnt.

Eine Völkerbundsarmee würde die Avantgarde des Feldzugs gegen die Sowjetunion werden. Einmal ins Leben gerufen, könnte sie keine andere Funktion ausüben als den Dienst für eine Mehrheit der imperialistischen Mächte. Nicht für die abstrakte Idee eines „Ewigen Friedens" — der in der kapitalistischen Welt niemals möglich ist —, sondern für die konkrete Idee imperialistischer Zweckmäßigkeit würde eine Genfer Völkerpolizeitruppe marschieren. Und sie würde um so rascher diesen Marsch antreten, als der Kapitalismus ökonomisch in einer Sackgasse angelangt ist. Nicht nur das Rüstungskapital hat brennendes Interesse an einem neuen Krieg (wie vor einigen Jahren die erfolgreiche offene Sabotagearbeit des amerikanischen Rüstungsagenten Shearer in Genf gezeigt hat und wie der Krieg im Osten heute zeigt): sämtliche Kategorien des Kapitals drängen nach blutigen Profiten. Und die internationale Arbeiterklasse soll wieder die Zeche bezahlen.

Und darum ist es eine zwingende aktuelle Pflicht, den Genfer Friedensrummel zu demaskieren. Es ist unsere Pflicht, dem Proletariat mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß das Projekt einer Völkerbundsarmee objektiv den kapitalistischen Krieg fördert und daß es auch subjektiv in diesem Sinne gedacht ist. Tardieu ist ein nicht minder geschickter Vertreter des Kapitalismus als die Brüning, Groener und Konsorten bei uns. Und wie man in den fortgeschrittenen Ländern die Klassendiktatur demokratisch getarnt hat, um unter dieser Tarnkappe nur um so besser die Geschäfte der kapitalistischen Magnaten betreiben zu können, so möchte man jetzt die Organisation des kapitalistischen Krieges in ein Friedenskostüm einhüllen.

Und so wenig wir, die revolutionären Sozialisten aller Länder, etwas zu tun haben mit der kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsordnung, deren Zertrümmerung unser Ziel ist, so wenig haben wir ein Interesse daran, an den Genfer Bestrebungen „mitzuarbeiten". Auch hier haben wir allein die Funktion, die betrügerischen Manöver der kapitalistischen Diplomatie zu entlarven und dem Proletariat den einzigen Weg zu weisen, der uns von der imperialistischen Kriegsgefahr befreien kann: die siegreiche proletarische Revolution in allen Ländern! Und erst die Weltunion sozialistischer Räterepubliken wird der Garant des Friedens, der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts aller Völker sein!

Kriegsschauplatz KPO

E. Pf. In der ersten Nummer der jetzt als Wochenzeitung erscheinenden „Arbeiterpolitik" erfahren wir Näheres über die „Lage in der KPD-O". Triumphierend verkündet der Kriegsberichterstatter der von Brandler-Thalheimer geführten „Mehrheits"fraktion, daß die „Berichterstattung" über die Reichskonferenz der KP-O „beendet" sei. Und wie geschah das? Indem einige hundert Genossen, die den verderblichen, auf erbitterten Kampf gegen die SAP eingestellten Mehrheitskurs kritisierten, ohne viel Umstände aus der Organisation hinausbefördert wurden. Es handelt sich vor allem um die Ortsgruppe Offenbach, die stärkste Position, die die KP-O bisher im ganzen Reiche hatte. In Bremen flog fast die ganze Ortsgruppe (Partei und Jugend) hinaus, im Hamburger Gebiet wurde die ganze bisherige Bezirksleitung nebst zwei Ortsgruppen hinausgesetzt. In Breslau hat man so ziemlich alle aktiven Jugendmitglieder hinausgeworfen, nachdem schon vorher einige Ausschlüsse getätigt worden waren. In Dresden-Freital ist die ganze Ortsgruppe fort, in Delitzsch (einer der besten Stützpunkte der KP-O, Gewerkschaftskartell usw.) ist die Spaltung nur noch eine Frage kürzester Zeit. Nebenher zahlreiche Ausschlüsse in Berlin, während in Stuttgart und anderen Orten der große Krach noch bevorsteht und in Leipzig weitere Hinauswürfe zu erwarten sind. In der höhnischen Sprache einer von allen guten Geistern verlassenen Bürokratie schreibt die „Arbeiterpolitik": „Die Genossen solidarisierten sich mit den Ausgeschlossenen (Walcher, Frölich u. a. m.). Damit stellten sie sich außerhalb der KPD-O." Sie wurden nicht gestellt, sondern sie stellten sich selbst! Man faßt sich an den Kopf. In der schwersten Krise der deutschen Arbeiterbewegung, die je dagewesen ist, glaubt eine der kleinsten politischen Arbeiterorganisationen es sich leisten zu können, nahezu ein Drittel ihres wirklichen Bestandes über Bord zu werfen. Man stellt einen Hinauswurfrekord auf, auf den alle Apparatmänner in der SPD und KPD nur mit blassem Neide blicken können. In so kurzer Frist so viel, das können sie heute nicht mehr wagen. Das kann nur noch die KP-O, die doch auszog, um — vorgeblich — gegen den Thälmann-Kurs, gegen den bürokratischen Zentralismus und für die „innerparteiliche Demokratie" zu kämpfen. Dieselbe KP-O, die einmal die Hoffnung vieler kommunistischer Arbeiter war, für die die Grundsätze des Kommunismus höher standen als das Diktat der Bürokratie. Und hier vergeht uns die an sich berechtigte Heiterkeit über den seltsamen Faschingsrekord der Brandler und Thalheimer.

Hier beginnt die Tragödie bei dem kommunistischen Arbeiter, dem wieder einmal gezeigt wird, daß noch jede rebellierende kommunistische Richtung zur Ohnmacht, zum Untergang im übelsten Sektengezänk, buchstäblich in Schimpf und Schande, verurteilt blieb. Die Gründe für dies traurige Ende liegen darin, daß die KPO trotz organisatorischer Selbständigkeit faktisch immer eine Fraktion geblieben ist. Die Kritik an der KPD, so richtig sie an sich sein mochte, wurde nie durch wirkliches, zielbewußtes revolutionäres Handeln unter Beweis gestellt. Und jedesmal, wenn wirklich etwas geleistet werden sollte, legte die „Führung" der KPO ihr Veto ein: „Wir sind doch keine dritte Partei". Immer mehr mußten sich die Arbeiter und besonders die KPD - Mitglieder überzeugen, daß hinter der oft recht bissigen und persönlichen Kritik an den ultralinken Führern der KPD niemals der ernsthafte Wille stand, es besser zu machen. So mußte es kommen, daß die Phrase von der „Eroberung" der KPD für heilig erklärt wurde. Und das Ende: Heute gibt die KPO alle in jahrelanger schmerzlicher Erfahrung gewonnenen Erkenntnisse kampflos preis. Eine sichtbare Schwenkung in der Rußlandfrage, kein Wort ernsthafter Kritik an den Schwächen der Stalinschen Apparatdiktatur in der KPSU. Im Kampf gegen Trotzki ist man womöglich noch gehässiger als die Instanzen. Eine ebenso ruckweise Wendung zur RGO, die Zumutung an die freien Gewerkschaften, sich mit den Zerstörern der Gewerkschaftsbewegung zusammenzufinden (die 5 Millionen organisierten Arbeiter werden als gleichwertig mit den wenigen RGO-Gruppen erklärt). Faktisch ist das der Beginn des Aufgebens linker Fraktionsarbeit in den freien Verbänden. Und schließlich die unerhörte Hetzkampagne gegen die SAP. Jede Nummer der „Arbeiterpolitik" legt von diesem ebenso lächerlichen wie schädlichen Bemühen Zeugnis ab. Der Zusammenbruch der KPO ist eine eindringliche Mahnung an die Mitglieder der verschiedenen kommunistischen Oppositionsgruppen, engherziger fraktioneller Sonderbündelei zu entsagen und in den Reihen der SAP mitzumarschieren zur Herstellung der kämpfenden Einheitsfront des Proletariats.

Nationalsozialistische Sportpalast-Kundgebung aufgelöst. Die am 7. Februar von den Nationalsozialisten im Berliner Sportpalast veranstaltete Kundgebung wurde in dem Augenblick aufgelöst, als ein von Goebbels geschriebener Brief verlesen werden sollte.

ROTE ANTENNE

Papstreklame

Unser objektiver Rundfunk verbreitete am Sonntag Auszüge aus der Papstfeier der „Katholischen Aktion" im Berliner Sportpalast.

Der apostolische Nuntius Orsenigo sprach über die Bedeutung des Papsttums und die Regierung Pius' XI. (zu der zehnjährigen Wiederkehr seines Krönungstages wurde das Fest veranstaltet).

Er pries das Glück der Katholiken, sich verantwortungslos um den Papst als „Lenker der Völker" scharen zu können, der als „weitsichtiger Diplomat" den Lebensraum der gläubigen Katholiken mit Enzykliken reguliert und die Macht der katholischen Kirche durch „freundliche Beziehungen" zu allen Staaten sichert und festigt.

*

Die Arbeiterschaft hat bis heute noch nicht erlebt, daß etwa eine Antikriegskundgebung des organisierten Proletariats im Rundfunk verbreitet wurde. Aber ausführliche Darlegungen über die Organisation der katholischen Kirche und ihre Machtpositionen werden den Hörern zugemutet.

Für ihr Geld. Deutsche Radioparität! Uebrigens sitzen Sozialdemokraten in den verantwortlichen Zentralstellen.

Maria Leitner

HOTEL AMERIKA

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

41. Fortsetzung.

„Um Gottes willen, wo bleibt ihr denn alle? Ich weiß schon nicht mehr, wie ich die Gäste beruhigen soll", ruft Fräulein Wesley und beeilt sich, nach allen Seiten Befehle zu erteilen.

„Und wenn wir nun überhaupt nicht gekommen wären, was wäre dann geschehen?" Es ist Celestina, die das sagt, und Fräulein Wesley sieht sie mit entgeisterten Augen an.

„Dürfen wir nicht auch einmal darüber sprechen, was uns angeht?"

„Celestina, um Gottes willen, nimm den Eimer und mache deine Badezimmer. Ich verrate dich nicht wegen deiner rebellischen Reden, — aber wenn Frau Magpag dich hören würde!"

Doch Celestina ist nicht ängstlich. Wenn Shirley so frei reden konnte, warum sollte nicht auch sie sagen können, was sie denkt. Shirley steht hinter ihr, sie soll merken, daß auch ihre Mutter nicht feige ist. Und wenn man überdies die große Aufregung auf den Gästekorridoren sieht, nur weil das Personal einige Minuten später zur Arbeit zurückgekommen ist, dann merkt man erst, wie wichtig alle sind, die arbeiten.

Ueber etwas Aehnliches muß auch Shirley grübeln, denn ihr Gesicht ist sehr nachdenklich. Es beginnt ihr klar zu werden, daß der ganze große Betrieb nur durch die Arbeitenden in Bewegung ist, daß ohne sie alles stillstehen müßte, ohne sie, die am schlechtesten leben. Es fällt ihr ein, daß sie sich doch noch mit dem neuen Küchenjungen unterhalten müßte, bevor sie für immer fortgeht. Was meinte er, als er sagte, sie müsse noch viel lernen, aber dann könnte sie viel tun für alle?

„Nun, Shirley, hast du nichts zu tun?" fragt Fräulein Wesley.

„Ich muß aus verschiedenen Zimmern noch Wäsche abholen." Shirley ist selbst überrascht, daß man sie noch nicht weggeschickt hat. Nun will sie wenigstens die Zeit nutzen und versuchen herauszufinden, was mit ihr nach diesem Tage geschehen wird. Ihr Freund bleibt jedoch unsichtbar, auch jetzt noch, wo sie eigentlich schon Bestimmtes wissen müßte. Man muß schon Geduld haben, wenn man sich in ein höheres Leben hinaufschwingen will.

12.

Ingrid steht vor dem Ausgang für die Hotelangestellten und blinzelt beglückt in die Sonne. Sie hat heute abend Inspektion, dafür einen freien Nachmittag.

Den unerwarteten Betrag, den sie vor einigen Tagen in des Professors Zimmer erhielt, hat sie nutzbringend verwertet. Ein Kleid, das sie schon lange in einem Schaufenster bewundert hatte, wurde gekauft und sofort angezogen, ohne erst auf den Sonntag zu warten.

Salvatore Menelli nähert sich jetzt gleichfalls dem Ausgang. Er hatte Shirley den Vorschlag gemacht, ein Zimmer für sie zu suchen, sie hatte das aber lachend und hochmütig abgelehnt. Wollte sie nicht einsehen, daß man sie bestimmt heute noch hinauswerfen würde, oder bildete sie sich ein, es plötzlich so weit zu bringen, daß die ihre alten Freunde nicht mehr brauchte? Pah! — Salvatore war nicht der Mann, einem Mädchen nachzulaufen, das ihn nicht mehr mochte.

Salvatore Menelli trägt nagelneue Schuhe, einen gutsitzenden Anzug und eine leuchtende Krawatte. Er sieht so elegant aus, daß man ihn sicher für einen Gast des Hotels Amerika halten könnte, wenn er nicht den Eingang für das Personal benutzte. So denkt Ingrid wenigstens.

Unter ihren bewundernden Blicken bleibt Salvatore geschmeichelt stehen und betrachtet das Mädchen nun auch wohlgefällig.

„Wie hübsch du bist, du siehst ja aus, wie eine richtige geborene Amerikanerin."

„Findest du das wirklich?"

„Bestimmt. Wollen wir zusammen spazierengehen? Ich lade dich ein. Wir gehen in unsere Konditorei. Mein Vater hat nämlich eine Konditorei im italienischen Viertel. Willst du mitkommen?"

„Gern, ich war noch nie da, ich möchte es gern sehen."

„So, und mit mir möchtest du nicht gern zusammen sein?"

„Doch, früher habe ich dich oft mit Shirley —", sie brach plötzlich ab, denn Salvatores Gesicht verdunkelte sich.

„Also gehen wir, ich muß heute abend zurück ins Hotel."

„Ich doch auch. Wir fahren mit der Untergrund."

„Nein, lieber mit der Hochbahn. Ich freue mich, wenn ich etwas Neues sehen kann."

Während der Fahrt kramt Salvatore in seinen Taschen.

„Ich habe heute nicht viel verdient, mußte um so mehr springen. Komisches Leben im Hotel, findest du nicht auch?"

„Ja, warum mußt du als Page im Hotel arbeiten, wenn dein Vater eine Konditorei hat?"

„Ja, siehst du, Svenska, ich will doch das Leben sehen, das große vielseitige Leben, nicht immer nur einige italienische Nachbarn."

„Ich heiße Ingrid."

„Aber du bist doch eine Schwedin, nicht wahr? Also, Svenska, höre. Wenn ich bei meinem Vater bliebe, würde ich in einer italienischen Kleinstadt leben, ganz abgeschlossen von der übrigen Welt. Das Hotel aber erscheint mir wie ein ungeheurer Zoologischer Garten, in dem man einfach alle Arten von Menschen entdecken kann, die neueste Arche Noah. Findest du nicht auch, Svenska?"

Ingrid sagt nichts, sie findet, daß man viel Schmutziges im Hotel sehen kann; nein, sie konnte nicht behaupten, daß sie besonders gern in einer so verworrenen Welt lebe.

„Verstehst du auch, was ich sage?" fragt Salvatore, der das nachdenkliche Schweigen mißversteht. „Du bist noch nicht sehr lange hier im Lande, nicht wahr?"

„Wenn man nicht sehr schnell spricht, verstehe ich alles, besonders, wenn die Sätze nicht zu lang sind."

„Du sollst mich liebhaben. Ist das ein kurzer Satz?"

„Das Leben ist schön. Wieviel Menschen es hier auf der Straße gibt. Und die Türme, die Häuser, alles ist so mächtig, alles scheint endlos zu sein, ganz anders als bei uns zu Hause. Nie hätte ich früher gedacht, daß die Welt so groß sein könnte. Ich habe immer in einem kleinen Dorf gelebt, jeder kannte den anderen. Und bei uns ist alles so rein, die Luft und die Häuser."

„Hier gefällt es dir nicht?"

„Anfangs hatte ich schreckliches Heimweh. Ich dachte, ich müßte in der schlechten Luft ersticken. Und dieser schreckliche Lärm in den Straßen, ich hatte immer Angst."

Die Hintergründe

Zum chinesisch-japanischen Konflikt

Berlin, 8. Februar.

Die „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland" veranstaltete am Sonnabend in der Singakademie vor einem illustren Publikum eine Kundgebung (zum Eintrittspreise von 2 Mark und Vorverkauf bei Bote u. Bock), zu der auch eine große Zahl bekannter Politiker, Vertreter von Behörden, zahlreiche Vertreter der bürgerlichen Presse, Damen und Herren der Gesellschaft politischer 5-Uhr-Tees der Frau Katharina von Kardorf-Oheimb erschienen waren. Darin liegt in gewissem Sinne das Verdienst der Veranstaltungen der „Freunde des neuen Rußland", daß sie sich mit Erfolg an Kreise wenden, die für die Führung der heutigen deutschen Politik leider noch verantwortlich zeichnen und die mit eingen neuen Erkenntnissen schwer beladen nach Hause gehen und doch hier und da in ihrer „laudhaufigen" Einstellung zu gewissen Fragen der deutschen Politik erschüttert werden. Der Vorsitzende Erwin Baron wies darauf hin, daß ein großes norwegisches Blatt vor wenigen Tagen erst einen Krieg wie den japanischen für „sehr erwunscht" bezeichnet habe. **Die Welt sieht der Entwicklung des Konflikts mit großer Spannung entgegen, denn ein Krieg bedeutet eine gewaltige Stimulation (Anregung) für das Wirtschaftsleben der ganzen Welt.**

Der Vortrag des bekannten Universitätsprofessors Lenz zeigte klar die Grenzen auf, die einem Staatspolitiker des Bürgertums bei der Behandlung des Imperialismus gezogen sind. Zu einer klaren Analyse der klassenmäßigen und sozialen Grundlagen des Konflikts im Fernen Osten konnte sich Prof. Lenz nicht durchringen, aber er sagte doch den regierenden Männern des heutigen Deutschlands einige bittere Wahrheiten. Er bezeichnete Deutschland als ein aktiv kapitalistisches Land und durch seine Verbundenheit mit dem kapitalistischen Europa als ein passig imperialistisches Land und fordert zumindest „korrekte Neutralität" zu den Angriffen des Imperialismus im Fernen Osten, da dies auch vom Boden der ökonomischen Realitäten der einzige Weg ist, die deutschen Interessen in diesen aufsteigenden Ländern zu wahren, von denen er vor allem China eine große wirtschaftliche Zukunft prophezeit. Wir müssen aus unserer Position zwischen zwei Polen herauskommen, in den Konflikten der imperialistischen mit den kommunistischen, den kolonialen und halbkolonialen Ländern, müssen wir uns gegen den Imperialismus entscheiden. Unsere bisherige Politik enthalte eine indirekte Wendung gegen die Sowjetunion, gegen die der Imperialismus rüste. Der Kampf um 40 Milliarden von den Sowjets gestrichener Schulden des Zarismus verspreche im Zusammenhang mit dem Rettungsgeschäft ein Riesengeschäft zu werden: ein Sechstel des Erdballs soll für die imperialistischen Märkte zurückerobert werden. Herr Professor Lenz gibt sich scheinbar der trügerischen Hoffnung hin, daß seine Forderungen auch innerhalb des kapitalistischen Deutschland erfüllt werden können, um so notwendiger war es, daß der zweite Redner Karl August Wittfogel, die gesellschaftliche und klassenmäßige Ursache des japanisch-chinesischen Konflikts und die daraus resultierende unmittelbare Bedrohung der Sowjetunion hervorhob.

Der Kampf, den die werktätigen chinesischen Massen mit dem Warenboykott gegen den japanischen Imperialismus führen, hat diesen in seinem Lebensnerv getroffen. Die Wahrenausfuhr nach China ist zum Stillstand gekommen, die Arbeitslosigkeit in der japanischen Industrie ist in die Millionen gestiegen, die innere Spannung und damit die kommunistische Bewegung wachst, die Entwertung des japanischen Yen schreitet fort. Das ist der eine Grund des japanischen Vorstoßes gegen die Massen der Werktätigen Chinas, der andere Grund ist der Mangel an Industrierohstoffen in Japan und damit das Interesse an der guten Kohle in der Mandschurei. Die imperialistische Welt verfolgt das japanische Vorgehen mit unverhohlener Befriedigung, denn nur mit Hilfe Japans, so hofft man, ist die chinesische Revolution endgültig niederzuwerfen, ist Sowjetchina zu liquidieren. Und gegenwärtig sind gerade die weißgardistischen Elemente fieberhaft bemüht, den Krieg gegen das revolutionäre China zu einem Schlage gegen die Sowjetunion auszunutzen. Die Analyse des „Vorwärts", daß die japanische Regierung nur eine Puppe in der Hand des japanischen Militärs sei, die gleichsam im luftleeren Raume stehe, ist falsch. Die Reaktion auf die Börse und, um mit Marx zu analysieren, das Gesetz des Kapitalismus, seine produktiven Kräfte in destruktive Kräfte verwandeln zu müssen, beweise das dringende Interesse der ganzen kapitalistischen und imperialistischen Welt an einer weiteren Ausdehnung des japanisch-chinesischen Konflikts. **W. E.**

Krieg gegen ausländisches Obst. In einem im Reichstag eingebrachten Antrag verlangt die Landvolk-Fraktion, daß die Frachtermäßigung für ausländisches Obst sofort eingestellt wird und daß die Pächter der Reichsbahn-Gesellschaft — die Mitropa, die Bahnhofswirtschaften und die Bahnhofsverkaufsstände — angewiesen werden, nur noch deutsche Erzeugnisse zum Verkauf zu bringen.

Nachwort zum Calmette-Prozeß

Der Bankrott der Medizin

Zu dem Calmette-Urteil wird uns noch aus Lübeck geschrieben:

Dicht an dicht saßen und standen am Sonnabendabend in der Lübecker Hauptturnhalle die Interessierten des Prozesses: die Eltern, die Aerzte, die Zeitungsschreiber. Punkt 18 Uhr kam das Gericht. Wird es das Urteil verkünden oder die Verhandlung noch einmal eröffnen? Es sprach das Urteil — nach 17 Verhandlungswochen. Dr. Wibel: Die Angeklagten Prof. Deycke und Obermedizinalrat Dr. Altstädt werden wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung verurteilt, und zwar Deycke zu zwei Jahren, Altstädt zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Prof. Klotz und Schwester Anna Schütze werden freigesprochen.

Der Volksmund sagt: Wenn man vom Rathaus kommt, ist man schlauer, als wenn man hingeht. Im Calmette-Prozeß ist es anders! Nach siebzehn Wochen waren die meisten Fragen ungelöst. Klar war nur, daß die Angeklagten im Frühjahr 1930, sicher nicht aus unehrenhaften Beweggründen, schwer gefehlt haben. Was aber im einzelnen geschehen ist, wird wohl kaum gelöst werden. Die erweiterte Anklage legte Deycke und Altstädt auch die Einführung des Calmette-Verfahrens zur Last. Wegen dieses Punktes wurden sie freigesprochen. Trotzdem ist nicht abzuleugnen, was im Prozeß oft gesagt wurde, daß ein gewisser Ehrgeiz bei der Einführung eine Rolle spielte: Lübeck in der Welt voran! Lübeck ist berühmt geworden. Aber nicht durch den Schutz seiner Einwohner vor der Tuberkulose, sondern durch den Tod von 76 Kindern und die Krankheit der doppelten Zahl von Säuglingen an dieser „Schutz"-Impfung. Lübeck ist traurig berühmt geworden.

Das Unglück ist durch die Verurteilung der beiden Hauptbeschuldigten nicht gemildert. Das Unglück war nicht zu lindern. Aber es war zu richten nach dem Gesetz. Es war zu sühnen das Handeln der Verantwortlichen. Wir brauchen im Schlußbericht nicht zu wiederholen, was wir in den Wochenberichten sagten von der Unzulänglichkeit des Lübecker Laboratoriums, von der Sorglosigkeit, mit der die Aerzte an ihre Aufgabe gingen, vor allem, nachdem bereits die ersten Todesfälle bekannt waren. Es wurde gefehlt, und es wurde gerichtet, und Klotz hat Glück gehabt, nicht gerichtet geworden zu sein.

Auf der Anklagebank saß nicht irgendwer. Dann hätte der Prozeß vermutlich nicht ein Vierteljahr lang gedauert, dann hätte man schneller geurteilt, und nicht Hund noch Hahn hätten danach gekräht. Auf der Anklagebank saßen Autoritäten der Medizin. Und auf der Sachverständigenbank hockte ein Dutzend noch größerer Namen: die Elite der deutschen Medizin. Professoren, die bestenfalls nur verschwommen sagten, was sie meinten. Was ergab sich, zusammengenommen? Der Bankrott der Medizin!

Wir sind nicht Mediziner, aber wir klagen an. Nach dem Ausweg mögen die Mediziner suchen!

Das Schrecknis der Tuberkulose war das Thema der Verhandlung. Denn gegen die Tuberkulose sollten die Lübecker Kinder mit dem Mittel des Prof. Calmette geschützt werden. An der furchtbarsten Fütterungstuberkulose starben die Kinder. Tuberkulose . . .

Wir sind der Meinung, das Lübecker Unglück wäre nicht eingetreten, wenn in Lübeck ordentlich gearbeitet worden wäre. Darauf baut sich ja auch die Anklage und das Urteil auf. Aber daß mit dem Calmette-Mittel jemals, auch unter der sorgfältigsten Obacht, die Tuberkulose ausgerottet werden könnte, vermögen wir nicht zu glauben. Das gehört nicht unmittelbar zum Prozeß, denn dort war nach dem Gesetz über Schuld oder Unschuld zu entscheiden. Aber für die sozialistische Arbeiterschaft ergibt sich eine viel wichtigere Frage aus dem Prozeß: Wie wird die Tuberkulose beseitigt? Und da können wir nicht an Calmette-Impfungen glauben.

Die Tuberkulose ist eine Begleiterscheinung des kapitalistischen Systems. Stürzt das System, und ihr stürzt den Drachen des Tuberkeljammers in den Abgrund. Schafft gesunde Wohnungen, gute Ernährungsmöglichkeiten und einen Gesundheitsdienst, der nicht auf Experimentier- und Gewinnsucht, sondern auf Dienst an der Gemeinschaft eingestellt ist, dann wird über die Tuberkulose nicht mehr zu sprechen sein, dann wird sie aufgehört haben, die Menschheit zu belasten. Der Kapitalismus ist eine Seuche, und die Seuche der Tuberkulose ist ein Stück Kapitalismus. **Stürzt den Kapitalismus!** — das ist die Lehre, die wir aus dem Lübecker Unglück im Frühjahr 1930 und aus den vielen Worten des Prozesses 1931/1932 ziehen.

Herbert Frahm.

Revision angemeldet

Der Verteidiger des im Calmette-Prozeß zu zwei Jahren Gefängnis verurteilten Angeklagten Professor Dr. Deycke, hat am Montag vormittag Revision gegen das am Sonnabend gefällte Urteil eingelegt.

Eine Streitschrift für Calmette

Zu dem Lübecker Prozeß hat die wissenschaftliche Oeffentlichkeit ausgiebig Stellung genommen. Von einem nicht geringen Teil der interessierten deutschen Wissenschaftler und Aerzte ist leider versucht worden, den Prozeß zu einem Verfahren gegen das wissenschaftliche System des Pariser Tuberkuloseforschers Professor Calmette auszuweiten, um so den immerwährenden Krieg gegen den französischen „Erbfeind" wenigstens auf einem Sektor der Kampffront siegreich zu schlagen. Nicht die verunreinigten und unsachgemäß weiter gezüchteten Kulturen des Calmette-Mittels tragen nach der plump zur Schau getragenen Auffassung solcher deutschen „Autoritäten" die Schuld an dem entsetzlichen Unglück, sondern dem unverfälschten Präparat des Pariser Professors wird die Schuld hieran beigemessen.

Einer der wissenschaftlichen Mitarbeiter Calmettes, der sich in nobler Zurückhaltung der peinlichen Pflicht entzogen hat, vor dem deutschen Richter gegen seine deutschen Aerzte-Kollegen aufzutreten, der Professor Léon Bernard vom Institut Pasteur in Paris, läßt einen Artikel, den er vor kurzem in der „Presse Médicale" veröffentlicht hat, nunmehr als Streitschrift gegen die deutschen Widersacher Professor Calmettes erscheinen unter dem Titel „Le Drame de Lübeck et le BCG" (das Drama von Lübeck und der BCG). BCG ist die wissenschaftliche Abkürzung für das Calmette-Präparat. In dieser Broschüre hält Professor Bernard scharfe Abrechnung mit Calmettes Gegnern. Er stützt sich hierbei wesentlich auf die Ansichten, die Professor Ludwig Lange vom Reichsgesundheitsrat und Professor Bruno Lange vom Berliner Institut Robert Koch vertreten haben. Beide deutsche Bakteriologen haben anerkannt, daß das Calmette-Mittel ohne irgendwelche Schäden an Kindern in Paris, in Riga (Lettland) und in Mexiko erprobt wurde, und zwar haben die hierfür verwendeten Kulturen der gleichen Quelle entstammt, im Institut Pasteur, Paris, die auch das Mittel nach Lübeck versandte.

Weiter haben die beiden obengenannten deutschen Gelehrten festgestellt:

Die in Lübeck beobachteten tödlichen Fälle sind Folgen von Tuberkulose-Impfungen, die an Neugeborenen vom Ende Dezember 1929 bis zum 15. April 1930 mit dem im Stadthospital vom Chefarzt Professor Deycke präparierten Impfstoff vorgenommen wurden. Schon im Juni 1930 veröffentlichte Professor Ludwig Lange in der „Klinischen Wochenschrift die folgenden Feststellungen:

1. Professor Deycke hat bei der Präparierung des Impfstoffs nicht die von Calmette vorgeschriebenen Nahrböden benutzt.

2. Die Präparierung des Impfstoffs hat nicht in einem hygienisch einwandfreien Raum stattgefunden.

Mit diesen Feststellungen deutscher Gelehrter, die Professor Bernard vollkommen deckt, muß das Märchen erledigt sein, daß die tödlichen Folgen der Lübecker Tuberkulose-Impfungen Folgen des Calmette-Mittels seien. Der Feldzug gegen Professor Calmette, von einigen „Rechts"-Anwälten inszeniert, von gewissen gewissenlosen medizinischen „Sachverständigen" aufgenommen und von einer verantwortungslosen Presse zu übelduftenden Blüten gesteigert, fällt mit diesen einfachen Feststellungen in sich zusammen.

Wie wir hören, beabsichtigt Professor Calmette übrigens nach der Durchführung des Lübecker Prozesses, vor einem deutschen Gericht die Urheber der seinen wissenschaftlichen Ruf schädigenden Behauptungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Calmette über das Urteil

Paris, 8. Februar.

Professor Calmette, der Erfinder des nach ihm benannten Impfverfahrens, äußert sich in der Pariser Presse über das Urteil im Lübecker Prozeß. Er betont, daß das Urteil insofern seinem Wunsch entspreche, als darin ausdrücklich festgestellt sei, daß sein Verfahren an dem Tod der Kinder vollkommen unschuldig sei. Andererseits bedauere er aber, daß Professor Deycke und Dr. Altstaedt, deren wissenschaftliche Vergangenheit makellos sei, und deren Fähigkeit größte Achtung verdiene, für die Ursachen verantwortlich gemacht worden seien, die den Tod der Kinder herbeiführten. Er hoffe, daß sie in kürzester Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt würden.

Hitler und seine Anhänger

Einer interessanten Studie über „den Führer" des wildgewordenen Spießbürgers von Karl Radek im „Tagebuch" vom 6. Februar entnehmen wir die folgenden Absätze:

Wenn Hitler, von den Bannern der Sturmabteilungen umringt, im Saal erscheint und unter den Klängen von 10 Militärorchestern die Tribüne betritt, erhebt sich diese kleinbürgerliche Masse wie elektrisiert und begrüßt ihren Heiland, den Propheten des Dritten Reiches, in dem es zwar eine Marktwirtschaft, aber keinen Kapitalismus und keine Ausbeutung geben wird. Wenn Hitler den Krieg für die „deutsche Ehre" proklamiert, den Krieg für die Befreiung Deutschlands nicht nur von den Fesseln des Versailler Vertrages, sondern auch vom „Joch des römischen Rechts", freut sich der Kleinbürger, der zwar nicht weiß, worin das römische Recht besteht, aber der Wiederherstellung des nie vorhanden gewesenen deutschen Rechts zujubelt, weil er annimmt, daß man dann keine Schulden mehr zahlen muß. Wenn Hitler gegen die liederliche französische Literatur losgeht und die Rückkehr zur hohen nordischen Kunst ansagt, kann sich der Kleinbürger, der nie die Edda oder die isländischen Sagen gelesen hat, zwar nichts Konkretes vorstellen, fühlt sich aber immerhin als Wiking des Geistes, der über sämtliche „französische Krankheiten" triumphiert. Wenn Hitler schließlich die jüdische Philosophie als besiegt erklärt, vermutet der Gemischtwarenhändler darunter nicht so sehr die Vertreibung Einsteins aus der deutschen Hochschule, als die Zertrümmerung der Warenhäuser Tietz und Karstadt.

*

Zur selben Zeit aber, da in der elektrisierten Luft der Massenversammlungen aus Tabaksqualm und Bierausdünstungen der freie Geist des deutschen Kleinbürgers in die Höhe schwebt, verhandeln hinter den Kulissen Hitler und sein Stab — alle diese Göhrings, Röhms und so weiter — auf die friedlichste Weise mit den Leitern der deutschen Banken und den Führern der Metalltrusts. Hitler hat schon längst aufgehört, ein wildgewordener Kleinbürger zu sein, den die Kräfte der Reaktion als Marionette benützen. Hitler ist schon längst der schlichte, bewußte Söldling des Monopolkapitals geworden. Er, der mit Hilfe des Geldes der Schwerindustrie seine Partei geschaffen hat, hat sämtliche kleinbürgerlichen Illusionen über die Ziele dieser Partei überwunden. Er weiß es, daß die Nationalsozialistische Partei dem Monopolkapital helfen muß, die Arbeiterschaft zu entrechten, damit die uneingeschränkte Ausbeutung der Arbeitermasse zu einer Quelle der Wiedergeburt des deutschen Kapitalismus werde. Er begreift ausgezeichnet seine Rolle. Aber er versucht, wie die Prätorianer es schon immer gemacht haben, seinen Kaufpreis in die Höhe zu treiben.

FILM UND WIR

„Es wird schon wieder besser" — — sagt die Ufa

Die Telegraphen-Union Hugenbergs berichtet aus Berlin:

„Im Gloria-Palast der Ufa erlebte am Sonnabend ein reizender Lustspielschlager mit dem hoffnungsfreudigen Titel „Es wird schon wieder besser" von Felix Lothar Mayring und Dr. Friedrich Zeckendorff nach einem Manuskript von Eugéne Szatmary und Peter Hell seine Uraufführung. Die Regie führt Kurt Gerron. Heinz Rühmann spielt mit unerschütterlichem Optimismus und liebenswürdiger Komik einen stellungslosen Ingenieur, der durch zahlreiche Irrungen und Wirrungen hindurch sein Lebensschicksal meistert und schließlich nach einem harmlosen Autounfall nicht nur eine glänzende Stellung, sondern auch eine hübsche, reiche Frau erlangt. Dolly Haas hat Gelegenheit, als Tochter eines Automobilfabrikanten und rasende Autlerin sich durch jugendhafte Keckheit und Fröhlichkeit die Herzen der Zuschauer zu gewinnen. Fritz Grünbaum erzielt in seiner Rolle als Justizrat einen schallenden Heiterkeitserfolg. Die Schlagertexte von Fritz Rotter, besonders das einprägsame Duett „Es wird schon wieder besser", haben alle Anwartschaft auf Volkstümlichkeit."

Und so etwas wagt man heute dem deutschen Kinopublikum — das sich vorwiegend aus proletarischen Kreisen rekrutiert — vorzusetzen. **Ein Proteststurm aller Arbeiterkinobesucher müßte die Vorführung dieses schamlosen Hohns auf das Heer der Erwerbslosen in den proletarischen Theatern unmöglich machen!**